

Jahresbericht 2022

*Vertriebene und Spätaussiedler:
Brückenbauer in Europa*

Inhalt

Einleitung.....	5
1 Veranstaltungen und Termine/Schwerpunkte der Arbeit	7
1.1 Zentrale Veranstaltungen	7
1.1.1 26. April 2022: Jahresempfang in Berlin.....	7
1.1.2 27. August 2022: Zentraler Auftakt zum Tag der Heimat in Berlin.....	10
1.1.3 27. August 2022: Kranzniederlegung am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen in Berlin.....	14
1.2 Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen	15
1.2.1 5. Mai 2022; „Verschwundene Orte“.....	15
1.2.2 9. bis 12. September 2022: Delegationsreise nach Breslau und Oppeln	15
1.2.3 22. November 2022: Vertriebene hinter dem Eisernen Vorhang	19
1.2.4 13. Dezember 2022; „Verschwundene Orte“	22
1.3 Weitere Termine.....	22
1.3.1 20. Juni 2022: Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung	22
1.4 Sitzungen der Organe	24
1.4.1 Präsidium.....	24
1.4.2 26./27. April 2022: Bundesausschuss in Berlin	25
1.4.3 26. August 2022: Bundesversammlung in Berlin.....	25
1.5 Ehrungen	28
1.5.1 Ehrenplakette des BdV an Dr. Alfred Eisfeld	28
1.5.2 Ehrenplakette des BdV an Bernard Gaida	29
2 Aufnahme und Integration.....	31
2.1 Spätaussiedler.....	31
2.1.1 Registrierte Spätaussiedler.....	31
2.1.2 Antragszahlen	31
2.1.3 Schlussfolgerungen	31
2.2 Projekte, Beratung, Haupt- und Ehrenamt	32
2.2.1 Projektbetreuung und Koordinierung	32
2.2.2 Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und Zuwanderinnen	32
2.2.3 Ehrenamtliche Betreuung	34
2.2.4 Seminare für Multiplikatoren im Ehrenamt	34

3	Wanderausstellungen.....	37
3.1	Zusammenfassung des Ausstellungsjahres	37
3.2	Stationen der Ausstellungen.....	38
3.2.1	Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts	38
3.2.2	Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland.....	38
3.2.3	In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955	39
3.2.4	Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt.....	39
4	Grundsatzfragen, Jugendarbeit, Zeitzeugen.....	41
4.1	Grundsatzfragen	41
4.2	Jugendarbeit	42
4.3	Zeitzeugen.....	42
5	Verständigungs- und Bildungspolitik.....	45
5.1	Verständigungspolitik	45
5.2	Bildungspolitik.....	46
6	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	47
6.1	Allgemeines.....	47
6.2	DOD – Deutscher Ostdienst	47
6.3	Online-Präsenz und Social Media.....	49
7	Zentrale Aufgaben	51
7.1	Haushalt und Organisation	51
7.2	Vertriebenen- und spätaussiedlerspezifische Anfragen.....	51
7.3	Datenschutz	52
7.4	Korruptionsprävention.....	52
8	Organe und Mitglieder des Verbandes (Stand: 31. Dezember 2022)	53
8.1	Präsidium	53
8.2	Bundesausschuss	53
8.3	Bundesversammlung.....	54
8.4	Landesverbände	55
8.5	Landsmannschaften	56
8.6	Außerordentliche Mitgliedsverbände.....	58
9	Impressum	59

Einleitung

Gegen Ende des vom Deutschen Reich ausgelösten Zweiten Weltkrieges und danach wurden rund 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat im damaligen Ostdeutschland und in den Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben. Bis heute kamen und kommen außerdem fast fünf Millionen Aussiedler und Spätaussiedler aus diesen Gebieten sowie aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland.

Der „BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.“ ist der einzige repräsentative Verband, der die fortwährend aktuellen Anliegen dieser Menschen bzw. ihrer Nachkommen unabhängig von einer Mitgliedschaft in ihrer Gesamtheit vertritt. Daher kommt dem BdV eine herausragende Sonderstellung zu.

Mit dem vorliegenden Jahresbericht dokumentiert der BdV die vielfältigen Aufgabenfelder, in denen er im Jahr 2022 satzungsgemäß und im Zusammenhang mit seinem Leitwort im Berichtszeitraum tätig gewesen ist. Dieses lautete: „**Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa**“.

Zum Zeitpunkt der Auswahl dieses Leitwortes war dessen wesentliche Zielrichtung, die bereits seit vielen Jahrzehnten andauernden verständigungspolitischen Bemühungen des Verbandes sichtbar zu machen. Es galt zu würdigen, was alles auf der Ebene von Mensch zu Mensch sowie auf der Verbandsebene – in allen ihren Verästelungen und unter Einbeziehung der natürlichen Partner in den Nachbarländern, der deutschen Minderheiten in den Heimat- und Herkunftsgebieten – in der grenzüberschreitenden Arbeit geleistet worden ist und wie sich unsere Zukunftsaufgaben gestalten.

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 erhielt das Leitwort jedoch eine weitere, hochaktuelle und bedrückende Dimension. Erstmals seit mehr als sieben Jahrzehnten kämpfen in Europa Menschen wieder um die Souveränität ihres Landes, weil sie von einem Nachbarland mit Krieg und Gewalt überzogen werden.

Schon mit Kriegsbeginn wurde erneut deutlich, dass Krieg, Gewalt und Zerstörung fast zwangsläufig zu massenhafter Flucht, zur Vernichtung von Lebensgrundlagen und zu furchtbarem Leid führen. Für viele der Flüchtlinge bleibt eine Rückkehr in die Heimat bis heute unsicher. Es besteht die Gefahr, dass sie zu Vertriebenen werden.

Gemeinsam mit einem großen Teil der deutschen Zivilbevölkerung und vieler ehrenamtlicher Organisationen bemühten sich auch der BdV und seine Gliederungen bereits kurz nach dem Überfall um Hilfen für die Ukrainer bzw. die geflüchteten Menschen. Mit einer erstmals eingerichteten eigenen Spendenaktion – der „Aktion Nothilfe für Deutsche in der Ukraine“ – gelang es, bis Jahresende ca. 50.000 Euro zu sammeln. Ein großer Teil davon wurde schon im Berichtszeitraum eingesetzt, um in Zusammenarbeit mit den Verbänden der jeweiligen deutschen Minderheiten Kriegsopfern direkt in der Ukraine bzw. an ihren Zufluchtsorten in den Nachbarländern zu helfen.

Durch seine Verbindungen zu den deutschen Minderheiten in der Ukraine, in Russland, aber auch in Kasachstan und weiteren Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion war es für den BdV wichtig zu zeigen, dass Brückenbau zwingend gerade in einer Zeit vieler zerstörter Brücken zu leisten ist. Grenzüberschreitende

Verständigung bleibt eine der Grundbedingungen für den Frieden – in Europa, aber auch darüber hinaus.

Konsequent wurde der zentrale Auftakt zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen am 27. August 2022 in Berlin unter diesem Schwerpunkt durchgeführt: Eine beeindruckende pro-europäische Festrede hielt der ehemalige Breslauer Stadtpräsident, Dr. Rafał Dutkiewicz; nachdenklich machende Dankesworte fand Empfänger der BdV-Ehrenplakette, Bernard Gaida, für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN); ein berührendes Grußwort kam vom Vorsitzenden des Rates der Deutschen der Ukraine (RDU), Wolodymyr Leysle. Die Festveranstaltung in der Französischen Friedrichstadtkirche Berlin wurde erneut zeitgleich auf der Internetseite und im YouTube-Kanal des BdV präsentiert.

Wie die Jahre 2020 und 2021 war das Jahr 2022 noch zum Teil von der weltweiten Corona-Pandemie beeinflusst. Ausbreitungsbekämpfung und Gesundheitsschutz der Bevölkerung bewirkten insbesondere in der ersten Jahreshälfte noch Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Die fortbestehende Verunsicherung der Bevölkerung schlug sich in Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen nieder. An der besonderen Rücksichtnahme auf Mitglieder von Risikogruppen, die im BdV von Beginn der Pandemie an galt, wurde festgehalten. Video- und Telefonkonferenzen blieben für die Kommunikation mit den Mitgliedern, mit Vertretern der Politik und der Kultur sowie im

grenzüberschreitenden Bereich ein wichtiges Mittel der Wahl.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des BdV blieben:

- Brückenfunktion der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler und ihrer Verbände zu den europäischen Nachbarn sowie Verständigung und Austausch mit den/Unterstützung der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten.
- Sicherung, Pflege und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler: Dieses ist integraler Bestandteil des nationalen Kulturerbes aller Deutschen. Daher bleibt es ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, die überwiegend in den Gliederungen des BdV tätigen Kulturträger in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- Bildungspolitischer Auftrag: Vermittlung von geschichtlichem Wissen zu Flucht und Vertreibung.
- Interessenvertretung der Aussiedler und Spätaussiedler: Hier stehen insbesondere sozialpolitische Fragen wie die Altersarmut, aber auch Fragen der Eingliederung im Fokus. Gerade zur Integration von Spätaussiedlern, aber auch Migranten in unsere bundesdeutsche Gesellschaft leistet der BdV einen wichtigen Beitrag. Die Arbeit vor Ort sowie gestiegene Spätaussiedlerzahlen zeigen, dass es richtig ist, an der Vermutung des pauschalen Kriegsfolgeschicksals der Deutschen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion festzuhalten.

1 Veranstaltungen und Termine/ Schwerpunkte der Arbeit

1.1 Zentrale Veranstaltungen

1.1.1 26. April 2022: Jahresempfang in Berlin

Am 26. April 2022 fand in Berlin der traditionelle Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen statt. Es war der erste Besuch der 2021 neu ins Amt gekommenen Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, beim BdV auf Bundesebene. Aber es war nicht etwa der erste Kontakt mit dem Verband überhaupt, wie sie gleich zu Beginn ihrer Ansprache deutlich erkennen ließ. Unverkrampt begrüßte sie die anwesenden Vertreter des Landesverbandes Hessen, mit denen sie auch als Vorsitzende der hessischen SPD-Landtagsfraktion schon „viele gute Gespräche“ gehabt habe. Dass ihr vertriebenenpolitische und aussiedler-spezifische Probleme nicht neu sind, wurde im Verlauf ihrer Ansprache immer deutlicher, in der sie viele aktuelle Probleme ansprach und dabei auch Lösungen aufzeigte, für die es Beifallsbekundungen gab.

Dank an Bernd Fabritius

Ihr besonderer Dank galt zunächst BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius für dessen Leistungen als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten – ein Amt, das er von 2018 bis 2022 innehatte. „Er hat einen herausragenden Job gemacht“, so die Ministerin. Besonders hob sie sein Engagement für die Flüchtlinge aus der Ukraine hervor und machte zugleich deutlich, welche dramatischen Auswirkungen der Krieg für die deutsche Minderheit in der Ukraine hat. Die Ministerin verwies auf die „besondere Empathie und Hilfsbereitschaft“ der deutschen Heimatvertriebenen und dankte Fabritius und

dem Verband für den Spendenaufruf „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“, die hier wie dort sehr geschätzt werde.

Vorstellung der neuen Bundesbeauftragten

Die Ministerin nutzte die Gelegenheit, Fabritius‘ ebenfalls anwesende Nachfolgerin als Bundesbeauftragte, Natalie Pawlik MdB, vorzustellen, die seit dem 14. April mit dem Amt betraut ist. Pawlik wurde 1992 in Wostok in Russland geboren. Mit sechs Jahren kam sie gemeinsam mit ihrer Familie als Spätaussiedlerin nach Deutschland. Ihr politisches und gesellschaftliches Engagement in Hessen führte sie 2021 in die SPD-Bundestagsfraktion.

„Wichtiger Teil unserer Zivilgesellschaft“

Der Bund der Vertriebenen, so die Ministerin, sei seit seiner Gründung in den 1950er Jahren „ein wichtiges Sprachrohr in die deutsche Politik“. Der BdV sei dabei nicht nur Träger der Erinnerung, sondern habe auch als Brückebauer in Europa gewirkt. „Ihre Aussöhnungsleistung und kulturelle Spurensuche kommen der Gesellschaft als Ganzes zugute und deshalb herzlichen Dank für ihr Engagement“, so Faeser. Die Bundesregierung bekannte sich auch in Zukunft zur besonderen Bedeutung dieses Politikbereichs. „Für die Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik kann ich Ihnen versichern: Sie hat ihren festen und selbstverständlichen Platz in der Abteilung Heimat, Zusammenhalt und Demokratie, also in der gesellschaftspolitischen Abteilung

meines Hauses, und sie bildet auch einen besonderen Schwerpunkt in unserem Arbeitsbereich des gesellschaftlichen Zusammenhaltes“, so die Ministerin. „Der Bund der Vertriebenen und seine Landsmannschaften sind ein wichtiger Teil unserer Zivilgesellschaft und damit auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Denn ihre Arbeit umfasst mehr als nur die klassische Interessenvertretung der deutschen Vertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler. Sie wirkt über die Aktivitäten ihrer Mitglieder in die Mitte unserer Gesellschaft hinein und damit ist es ein wesentlicher Teil unserer Heimatpolitik und wird deshalb weiterhin ein ganz fester Bestandteil unserer Arbeit bleiben.“

Alterssicherung von Spätaussiedlern

Innenministerin Faeser ging auch auf den geplanten Härtefallfonds im Rentenbereich ein und bekräftigte: „Die Bundesregierung will dabei helfen, die wahrgenommenen Härten und enttäuschten Erwartungen in der Alterssicherung von Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion anzuerkennen und abzumildern“, so die Ministerin. „Wir werden deshalb den geplanten Härtefallfonds, mit dem Härten aus der Ost-West-Rentenüberleitung abgemildert werden sollen, auch für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler umsetzen – dafür stellen wir die nötigen Haushaltssmittel zur Verfügung.“ Die Spätaussiedleraufnahme sei ein Ausdruck des besonderen Verantwortungsbewusstseins gegenüber diesem Personenkreis sei. Das Tor werde weiter offen gehalten.

Förderung und Deutschunterricht

Zugleich erklärte die Ministerin, dass ein besonderes Bekenntnis der Bundesregierung zum kulturellen Erbe der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler im

Koalitionsvertrag enthalten sei. Archive, Museen und Bibliotheken würden mit 31 Mio. Euro jährlich gefördert. Der BdV werde institutionell für seine verständigungspolitischen Maßnahmen und seine Ausstellungstätigkeit gefördert, ebenso wie die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland eine Strukturförderung erhalte. Zudem gebe es eine substantielle Förderung der etwa eine Million Menschen deutscher Abstammung in Mittel- und Osteuropa sowie im asiatischen Raum. Diese Förderungen sollen beibehalten werden. Auch vor diesem Hintergrund sei „die geplante Kürzung des Deutschunterrichts als Minderheitensprache in polnischen Schulen nicht zu akzeptieren“. Faeser versprach, sich dafür einzusetzen, dass diese rückgängig gemacht werde.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Ministerin bekannte sich dazu, Heimat nicht nur geografisch und strukturpolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch zu behandeln. „Von der Herkunft zur Hinkunft“ – das sei Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, aber eben auch einer engagierten Zivilgesellschaft, zu der der Bund der Vertriebenen zähle. „Gerade in diesen aufgewühlten Zeiten ist die stetige Arbeit um den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtiger denn je. Dafür müssen wir uns gemeinsam engagieren, Staat und Zivilgesellschaft. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass der BdV ein starker Partner für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Das soll auch in Zukunft so bleiben“, schloss Faeser ihre Ansprache.

Uneingeschränkte Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft für drängende Probleme

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius hatte zuvor seine Freude zum Ausdruck gebracht, nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause die zahlreichen, teils hochrangigen Gäste wieder

zum Jahresempfang begrüßen zu können. In deren Anwesenheit benannte Fabritius die dringlichsten Probleme im Themenbereich der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler und appellierte an die Bundesregierung, sich dieser anzunehmen.

Vor allem auf die Rentenproblematik und der sich ausweitende Altersarmut der Betroffenen schaue der BdV „mit großer Sorge“. Der geplante Härtefallfonds für Spätaussiedler, für jüdische Zuwanderer sowie in der Rentenüberleitung müsse endlich beschlossen, aber im Hinblick auf „vorhandene Unwuchten berichtet und dann umgesetzt werden. Die schreien den Ungerechtigkeiten im Fremdrentengesetz sind damit zwar noch immer nicht beseitigt, auf keinen Fall darf es – etwa durch Ausgrenzung der deutschen Aussiedler aus dem Härtefallfonds – zu weiteren derartigen Ungerechtigkeiten kommen“, so Fabritius.

Deutlich kritisierte der BdV-Präsident die Kürzung des muttersprachlichen Unterrichts von drei auf eine Wochenstunde gezielt für die deutsche Minderheit in Polen sowie die damit einhergehende Kürzung der finanziellen Förderung des Unterrichts um fast 10 Millionen Euro. „Dieses Thema muss Angelegenheit der Bundesregierung auf höchster Ebene bleiben und mit Nachdruck und diplomatischem Klartext vertreten und gelöst werden“, forderte Fabritius. Minderheiten seien bekanntlich an der Stelle besonders verletzlich, wo sie Gefahr laufen, die kollektiven identifikationsstiftenden Merkmale zu verlieren. Dazu gehöre die eigene Muttersprache ganz an erster Stelle, und wenn ein Staat darauf hinarbeite, diese Merkmale zu schleifen, begehe er „ein Verbrechen an seinen eigenen Bürgern“.

Situation in der Ukraine und in Russland

Im Hinblick auf die russische Invasion in der Ukraine zeigte sich der Präsident fassungslos

und sprach vom „missbrauchten Vorwand, es ginge um Minderheitenschutz“. Hier werde zur Durchsetzung geostrategischer Interessen unter dem Vorwand, eine russische Minderheit in der Ukraine verteidigen zu müssen, unvorstellbares Leid über die gesamte ukrainische Gesellschaft gebracht. Fabritius nahm insbesondere die in der Ukraine wie in Russland lebenden Deutschen in den Blick: Die Deutschen in der Ukraine bangten um ihr Leben und ihre Zukunft, die Deutschen in Russland würden in Mithaftung für die deutschen Sanktionen genommen, häufig zur Solidaritätsbekundungen mit der „Militärischen Sonderoperation“ aufgefordert.

Zudem würden die Deutschen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion unter der in Deutschland, aber auch in ganz Europa zunehmenden pauschalen und stigmatisierenden Russenfeindlichkeit gleich doppelt leiden, so Fabritius. Zum einen, weil man sie hier als „Russen“ abstempeln, wo sie doch in ihrer alten Heimat „die Deutschen“ waren und das auch heute weiterhin seien. Zum anderen aber auch, weil sie mit einem Krieg in Verbindung gebracht würden, den sie weder verantworten noch mehrheitlich gutheißen, sondern als „Bruderkrieg“ zutiefst verabscheuen würden.

Fabritius sicherte diesen Betroffenen politische Unterstützung und Flankenschutz seitens des BdV zu: „Ich hätte mir gewünscht, dass die Welt aus den beiden Weltkriegen des letzten Jahrhunderts und dem dadurch verursachten Leid mehr gelernt hätte. Wir hoffen sicher alle, dass dieser brutale Krieg so bald als möglich aufhört. Es wird danach für uns als BdV sehr darauf ankommen, wie gut wir den Fortbestand der deutschen Minderheit in der Ukraine und in Russland erneut sichern können, wie verfeindete Gesellschaften erneut zusammenfinden können und Gräben – und seien diese noch so tief und schmerhaft – überwunden werden können.“

Hochrangige Gäste

Unter den Ehrengästen fanden sich neben der Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, und der Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik MdB, auch zahlreiche Vertreter aus dem Bundestag, aus den Ministerien und aus den Ländern. Ebenso konnte Dr. Fabritius Vertreter des diplomatischen Corps, der Kirchen und vieler Organisationen des öffentlichen Lebens begrüßen.

Besonders freute sich der Präsident über die vielen anwesenden Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, darunter die thematisch zuständige stellvertretende

Fraktionsvorsitzende Andrea Lindholz, CSU-Generalsekretär Stephan Mayer, der Vorsitzende der Fraktionsgruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutsche Minderheiten, Christoph de Vries, die Bundesvorsitzende der Mittelstandsunion, Gitta Connemann, der Vorsitzende der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, Philipp Amthor, sowie die Abgeordneten Knut Abraham, Dr. Günter Krings, Dr. Christiane Schenderlein, Klaus-Peter Willsch und Mechthilde Wittmann. Die Unionsfraktion habe dadurch ein deutliches Zeichen der Unterstützung der Anliegen des BdV gesetzt.

Beim Stehempfang bestand dann die Möglichkeit zum ungezwungenen Austausch unter den Gästen.

1.1.2 27. August 2022: Zentraler Auftakt zum Tag der Heimat in Berlin

Ganz im Sinne des Jahresleitwortes „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“ konnte am 27. August 2022 erstmals ein prominenter Festredner aus Polen beim Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen begrüßt werden. BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius freute sich, dass der langjährige Breslauer Stadtpräsident Dr. Rafał Dutkiewicz in die Französische Friedrichstadt-kirche nach Berlin gekommen war, um zu den aus ganz Deutschland angereisten deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Vertretern der Erlebnis- wie der Bekenntnisgeneration sowie zu Partnern aus dem Bereich der deutschen Minderheiten, aus Politik, Diplomatie, Kultur und Gesellschaft zu sprechen. Mit der europäischen Metropole Breslau, Dutkiewiczs Wirkungsstätte, verbänden „viele Menschen aus unseren Reihen bis heute Kindheitserinnerungen oder Erzählungen der Eltern und Großeltern“.

Zunächst aber sprach der BdV-Präsident selbst und hieß, neben Rafał Dutkiewicz, als

Ehrengäste ebenfalls Bernard Gaida als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union europäischer Nationalitäten (FUEN), Wolodymyr Leysle als Vorsitzenden des Rates der Deutschen der Ukraine (RDU) sowie Oberkirchenrat Joachim Ochel als Vertreter der Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) herzlich willkommen.

Gaida und Leysle kämen aus derzeitigen Krisenherden der deutschen Minderheiten. In Polen stehe die Volksgruppe unter enormem politischem Druck, und in der Ukraine tote ein russischer Angriffs- und Vernichtungskrieg, dem mit einem Großteil der ukrainischen Bevölkerung auch die dort ansässige deutsche Minderheit schutzlos ausgeliefert sei.

Bernard Gaida stehe als AGDM-Sprecher „für unsere Landsleute in 25 Staaten Mittel- und Osteuropas, unsere Heimatverbliebenen“. Wolodymyr Leysle und den Deutschen in der

Ukraine versicherte Fabritius die uneingeschränkte Solidarität aller Vertriebenen.

Mit einem Blick auf das Leitwort stieg der BdV-Präsident in den thematischen Teil seiner Rede ein. Sehr deutlich stellte er heraus, dass in den Heimatvertriebenen das Vertrauen auf ein einträchtiges Miteinander der Völker tief verwurzelt sei, und sprach von der „Überzeugung, dass Frieden nur durch Verständigung und gegenseitige Empathie gelingen und gesichert werden“ könne. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Charta der deutschen Heimatvertriebenen als ein „Dokument der Versöhnungsbereitschaft und des Racheverzichts“. Eine wichtige Lehre aus der Vergangenheit sei die langjährige Forderung des BdV, „dass Vertreibungen und ethnische Säuberungen endlich international zu ächten sind“, was Fabritius erneut deutlich artikulierte.

Aktuelle politische Anliegen

Mit einem Schwenk in die aktuelle Politik erinnerte Fabritius daran, dass die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, den Verband als ein „wichtiges Sprachrohr in die deutsche Politik“ bezeichnet habe, dessen Themen ihren selbstverständlichen Platz in ihrem Ministerium hätten. Die Freude darüber sei jedoch getrübt, weil im kulturpolitischen Bereich die notwendige „Unterstützung der Politik, der Regierung und der gesamten Gesellschaft“ gerade aktuell noch ausbaufähig sei. So seien die Projektmittel im Bereich der Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes in diesem Jahr um eine Million Euro gekürzt worden. Dies bezeichnete der BdV-Präsident als „Missachtung der Sache und auch des gesetzgeberischen Auftrages“. Er forderte dazu auf, „die Kultur der deutschen Heimatvertriebenen angemessen zu fördern“ und verwies auf positive Beispiele bei der Förderung durch die Länder.

In einem nächsten Schwerpunkt ging Fabritius auf die vom BdV immer wieder geforderte Generationengerechtigkeit im Rentenrecht für Aussiedler und Spätaussiedler ein. Für den Verband und die von ihm vertretenen Menschen bleibe es das Ziel, die 1996 eingeführten ungerechten Kürzungen im Fremdrentenrecht rückgängig zu machen. Der im aktuellen Bundeshaushalt eingeplante Härtefallfonds sei ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung, schließe aber in seiner derzeitigen Zielrichtung alle Aussiedler aus, obwohl für diese der Vertrauensschutz in besonderem Maße gelte. „Die Gefahr ist akut, dass durch eine nicht – oder schlecht – durchdachte gesetzliche Regelung eine Spaltung unseres Personenkreises und eine erneute Benachteiligung der Aussiedler eintritt“, warnte der BdV-Präsident.

Unterstützung für deutsche Minderheiten

Mit einem thematischen Brückenschlag zu den deutschen Minderheiten in der Ukraine und in Russland erklärte er im Folgenden, dass angesichts des Krieges auch viele der rund 33.000 Deutschen in der Ukraine nun zu Opfern von Gewalt, Vertreibungen und Heimatverlust würden. Für diejenigen, die in Deutschland Sicherheit suchen, müsse die Politik gewährleisten, „dass den deutschstämmigen Personen ein der Ausnahmesituation angemessenes Aufnahmeverfahren ermöglicht wird“. Währenddessen würden die rund 400.000 Landsleute, die noch immer in Russland lebte, in zunehmendem Maße aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit drangsaliert und ausgesetzt. Es gelte, auch ihnen die notwendige politische Unterstützung zu gewähren.

In Polen wiederum habe die derzeitige Regierung „den muttersprachlichen Unterricht für die Angehörigen der dortigen deutschen Minderheit von drei auf eine Wochenstunde“ und die finanzielle Förderung des Unterrichts um fast 10 Millionen Euro gekürzt“. Dies bedrohe

die Minderheit in ihrer Existenz. Fabritius forderte: „Dieses Thema muss Angelegenheit der Bundesregierung auf höchster Ebene bleiben und mit Nachdruck und diplomatischem Klartext vertreten – und gelöst – werden.“

Zum Ende hin dankte der BdV-Präsident „allen unseren Mitstreitern in den Landes- und Kreisverbänden, in den Landsmannschaften und Kulturgruppen“ und versicherte, dass die Arbeit der Vertriebenen weiterhin gebraucht werde.

Breslau – eine europäische Metropole

Festredner Dr. Rafał Dutkiewicz begeisterte die Anwesenden mit einem eindrucksvollen Bekenntnis zu Frieden, den Menschenrechten und Europa. Beginnend mit einer Abwandlung des Tucholsky-Zitates „Jeder anständige Berliner kommt aus Breslau“ erklärte er, in der heutigen Zeit müsste es heißen „Jeder anständige Berliner kommt nach Breslau“, nur um dann zu betonen „Heute ist jedoch ein ziemlich anständiger Breslauer nach Berlin gekommen“.

Dutkiewicz nahm das Publikum anschließend auf eine zeithistorische Reise zu den europäischen Wurzeln Breslaus mit. Vom Tartaren-Ansturm im Mittelalter über das fatale Schicksal von 170.000 Zivilisten in der so genannten Festung Breslau 1945 über den berühmten Hirtenbrief der polnischen Bischöfe im Jahr 1965 bis zur heutigen Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine zeichnete der ehemalige Stadtpräsident das Bild einer Stadt, die schon immer einen europäischen Charakter hatte und in der Geschichte oft eine „Stadt der Vertreibungen“, aber auch eine „Stadt der Versöhnungen war“. Breslau sei „wahrscheinlich die einzige Großstadt der Welt, in der die Bevölkerung 100 Prozent ausgetauscht wurde“, so Dutkiewicz mit Blick auf das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine

Nun sei es „im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts“ erneut der Fall, dass Breslau „zu einer Stadt der Vertreibungen“ werde. Etwa bei fünf Millionen Flüchtlingen lägen aktuelle Schätzungen, die die Ukraine aufgrund des russischen Angriffs und der prekären Sicherheitslage verlassen mussten. Viel schlimmer sei jedoch die humanitäre Katastrophe vor Ort. Es sei daher ein Gebot der Vernunft wie des Mitgefühls, der Ukraine humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. „Die Ukraine hat das Recht und die Pflicht sich zu verteidigen. Europa und die Welt sind hingegen verpflichtet, die Ukraine zu unterstützen – auch mit Waffenlieferungen“, konstatierte Dutkiewicz.

Russlands Staatschef Wladimir Putin könne es „nicht ertragen, dass eine Nation, der er das Recht auf eine eigene Identität abspricht, ihren eigenen demokratischen, pro-westlichen Entwicklungsweg wählen will“. Putin wolle „das sowjetische Imperium zurückschaffen – und in der Tat – die moderne Weltordnung niederreißen. Er führt also zu einer Situation, in der Russland unser gemeinsames Problem ist. Russland versucht, die Europäische Union zu destabilisieren und den Westen zu spalten.“ Dutkiewicz war sich dabei sicher, dass die Pläne des russischen Staatschefs weit über die Ukraine hinaus gingen, bis nach Europa. „Ich möchte Ihnen sagen: Das Gute gewinnt. Ich möchte Ihnen aber auch sagen: Das Böse stirbt nicht. Das Böse kann vernichten und die Welt über Jahre hinweg verwüsten“, so Rafał Dutkiewicz.

„National geht mit international einher“

Dass dem russischen Gebaren nur eine entschiedene und geeinte Antwort der westlichen Staatengemeinschaft entgegenstehen könne, betonte der Redner entschieden. „Die Nation heute und in Zukunft kann sich nur

übernational verwirklichen, in unserem Fall im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft“, so der ehemalige Stadtpräsident von Breslau. Er zitierte den einstigen Botschafter Polens in Deutschland, Janusz Reiter, der erklärt hatte, dass Polen und Deutschland angesichts dieser bedrohlichen und existentiellen Krise ihre Streitigkeiten beiseitelegen müssten und zusammen mit den USA ein Dreieck bilden sollten, das Russland die Stirn biete. „Dies ist eine Krise, die die Grundfesten unserer Welt betrifft, und das bedeutet, dass wir äußerst verantwortungsbewusst sein müssen. Auch die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sind aufgrund ihrer geografischen Lage und politischen Bedeutung in diesem Zusammenhang zu sehen“, so der Appell von Reiter, den Dutkiewicz aufgriff und sich zu eigen machte.

Deutschunterricht in Polen

Zum Abschluss seiner Rede kam Dutkiewicz noch auf die Kürzung des muttersprachlichen Unterrichts ausschließlich für die Angehörigen deutschen Minderheit in Polen. Zu dieser Diskriminierung von ca. 50.000 Kindern und ihrer Familien hatte der ehemalige Breslauer Stadtpräsident als glühender Europäer nur einen Satz übrig: „Ich bin darüber einfach sehr beschämt.“

Ehrenplakette 2022 an Bernard Gaida

Die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen für das Jahr 2022 wurde im würdigen Rahmen des Tages der Heimat auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums an Bernard Gaida für seine Arbeit als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) verliehen (siehe Punkt 1.5.2).

Emotionales Grußwort von Wolodymyr Leysle

Von existenziellen Problemen anderer Art berichtete der RDU-Vorsitzende Wolodymyr

Leysle in einem hochemotionalen und authentischen Grußwort. Noch einige Tage vor dem russischen Angriff auf die Ukraine hatte er der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Kasachstan in einem Interview versichert, es gebe für die Krise nur eine diplomatische Lösung. Kurz darauf saß er mit seiner Familie bei den Schwiegereltern sechs Wochen lang im umkämpften Sumy fest. Immer wieder habe sich die Familie wegen des Raketenbeschusses im Keller in eine vermeintliche Sicherheit bringen müssen. Er dankte dem BdV für die Spendenaktion, von der viele Landsleute profitiert hätten, und der AGDM für die organisatorische Unterstützung bei der Flucht innerhalb der Ukraine und in die Nachbarländer. Große Sorge bereite ihm die Zerstörung der Infrastruktur in seinem Heimatland. Drastisch schilderte er die Vernichtung von Wohnhäusern und Kulturerbe: „Das ist die grausame Realität in der Ukraine.“ Neben der Linderung von Notlagen sollten internationale Hilfen daher auf den Wiederaufbau ausgerichtet sein, mahnte Leysle.

Einfühlungsreiche Gedenkworte von Oberkirchenrat Ochel

Einfühlend nahm Oberkirchenrat Joachim Ochel in seinem Geistlichen Wort die Stimmung der Veranstaltung auf und begrüßte zunächst, dass der Tag der Heimat nun „in dieser Flüchtlingskirche – der Hugenottenkirche im Herzen Berlins“ angekommen sei. Das „unsichtbare Fluchtgepäck“ thematisierend, zu dem auch transgenerationale Traumata gehören, zeigte Ochel Parallelen in der Bibel auf.

Gleich zweimal werde bei den Propheten ein damals gängiges Sprichwort zitiert: „Die Väter haben saure Trauben gegessen, aber den Kindern sind die Zähne davon stumpf geworden.“ Solche nicht auf den ersten Blick zu erkennenden Zusammenhänge zwischen „dem Tun oder Schicksal der Väter und Mütter und dem Ergehen der Kinder“ zeigten sich in der Menschheitsgeschichte immer wieder. Bei

Gott werde diese Schuld- und Schicksalsverstrickung begrenzt, „weil jeder und jede Einzelne in einem eigenen, individuellen Verhältnis zu Gott steht“, so der tröstende Gedanke. Mit dem traditionellen Totengedenken des BdV leitete

Ochel in ein bewegendes gemeinsames Gebet des Chorals „Verleih uns Frieden“ über, das danach von den Potsdamer Turmbläsern musikalisch aufgegriffen wurde.

1.1.3 27. August 2022: Kranzniederlegung am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen in Berlin

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in der Französischen Friedrichstadtkirche ließen die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, einige Bundesparteien, der BdV, die Landsmannschaften und BdV-Landesverbände, die Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen, die AGDM sowie viele weitere gesellschaftliche Gruppen zu Ehren der Toten Kränze am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen, der „Ewigen Flamme“ auf dem Berliner Theodor-Heuss-Platz, niederlegen.

Worte des Gedenkens sprachen erneut Andreas Geisel MdA als Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch als Berliner Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen sowie BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius.

Senator Geisel erklärte mit Blick auf das diesjährige Leitwort „Vertriebene und Spät-aussiedler: Brückenbauer in Europa“: „Für das vielfältige Engagement des Bundes der Vertriebenen möchte ich Ihnen heute danken. (...) Sie setzen sich für Frieden, Menschenrechte und Versöhnung überall in Europa und der Welt ein. (...) Wir haben heute das Glück, in einem vereinten Europa zu leben. (...) Fast selbstverständlich scheint es uns heute, dass es vielfältige und enge Beziehungen etwa zu Frankreich oder Polen gibt. Wir wissen aus unserer Geschichte: Es ist alles andere als selbstverständlich.“ Gerade angesichts des

russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, aber auch vor dem Hintergrund der weltweiten Flüchtlingssituation und den Erfahrungen von Heimatverlust und Ankunft gelte es heute, den Einsatz für Zusammenhalt, Freiheit und Demokratie zu stärken.

Der BdV-Landesvorsitzende Jakesch betonte die Bedeutung grenzüberschreitender Kontakte in der heutigen Zeit. Auch der BdV Berlin pflege gute Verbindungen in die alte Heimat. Den damit verbundenen Erfahrungsschatz könne die Politik viel stärker nutzen. Die Ewige Flamme mit ihrer Tafel „Nie wieder Vertreibung!“ mahne, die Erinnerung zu bewahren, sie ernst zu nehmen und daraus Lehren für Gegenwart und Zukunft zu ziehen.

BdV-Präsident Fabritius erinnerte „an die Millionen Zivilisten aus allen deutsch besiedelten Regionen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa, die von Flucht und Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit betroffen waren“ und für die mit der Ewigen Flamme ein zentrales Mahnmal existiere.

Leider sei das Thema angesichts der weltpolitischen Lage wieder hochaktuell. „Ich wünschte mir, es hätte beides nicht gegeben: Weder die Vertreibungen von damals noch die immer wiederkehrenden Ausbrüche von Konflikten und Gewalt von heute, die erneut zu Vertreibungen führen. Und es ist gut, dass wir dieses Mahnmal haben, wo wir auch dessen gewahr werden“, so der BdV-Präsident.

1.2 Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen

1.2.1 5. Mai 2022: „Verschwundene Orte in ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im östlichen Europa“

Im Isergebirgs-Museum Neugablonz fand am 5. Mai 2022 ein Themenabend im Rahmen der Ausstellung der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ statt. Im Fokus dieser Ausstellung stehen Orte in früheren deutschen Ostgebieten, wie Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien sowie Sudetenland, die nach dem großen Vertreibungsgeschehen nicht mehr existieren.

Unter dem Titel: „Verschwundene Orte in ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im östlichen Europa“ wurden die Gründe für das Verschwinden zahlloser Dörfer aufgeführt. Es sprachen der Kurator der Ausstellung, der Berliner Dozent Wilfried Rogasch sowie Christina Meinusch, Heimatpflegerin der Sudetendeutschen. Ein Grußwort kam von Bürgermeister Oliver Schill.

Wilfried Rogasch ging in seinem Beitrag ausführlich auf das Phänomen des Verschwindens ein. Er führte soziale, demografische und ideologische Ursachen an. In den meisten Fällen sind die Orte aus dem Zusammenwirken

verschiedener Gründe untergegangen: Entvölkern, Kriegszerstörungen, Grenzziehungen usw. Er referierte aber auch über den Wiederaufbau mit etlichen Bemühungen um die Wiederherstellung von Gebäuden und die Integration von verbliebenen Teilen deutscher Kultur und Geschichte in die dortige Gesellschaft.

Christina Meinusch setzt sich im Rahmen ihrer Tätigkeit als Heimatpflegerin für den Erhalt sowie die Fortführung der kulturellen Vielfalt der Deutschen aus und in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien ein und wirkt an zahlreichen Projekten mit. In ihrem Beitrag beschrieb sie ihre Tätigkeit als Heimatpflegerin der Sudetendeutschen und stellte ein Jugendprojekt vor. Darin begeben sich Gruppen von Jugendlichen auf GPS-Schnitzeljagd und erkunden ehemals von Deutschen besiedelte Gemeinden. Die Teilnehmer zeigten sich beeindruckt von den Schilderungen und von Meinuschs Projekt, was sich in einem an die Veranstaltung anschließenden regen Austausch zwischen Auditorium und Referenten wie Museumsleitung niederschlug.

1.2.2 9. bis 12. September 2022: Delegationsreise des BdV-Präsidiums nach Breslau und Oppeln

Ganz im Sinne des diesjährigen Leitworts zum Tag der Heimat „Vertriebene und Spät-aussiedler: Brückenbauer in Europa“ fand in der Zeit vom 9. bis zum 12. September 2022 eine Delegationsreise des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen nach Breslau und Oppeln statt. Neben BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius nahmen auch Vizepräsident Egon

Primas und die Präsidiumsmitglieder Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček und Dr. Maria Werthan sowie Generalsekretär Marc-P. Halatsch an der Fahrt teil. Vor Ort stieß außerdem der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien – Nieder und Oberschlesien, Stephan Rauhut, als Guest dazu. Ziel war es, über Gesprächstermine und Begegnungen im

Umfeld des 7. Kulturfestivals der deutschen Minderheit am 10. September in Breslau und der Eröffnung des Dokumentationszentrums der deutschen Minderheit am 11. September in Oppeln im Sinne der grenzüberschreitenden Verständigung den Kontakt zu den Deutschen in Polen zu stärken sowie sich über aktuelle Anliegen und gemeinsame Strategien auszutauschen.

Empfang im Generalkonsulat Breslau

Bereits am 9. September 2022 hatte das Generalkonsulat Breslau zu einem Empfang eingeladen, der Gelegenheit bot, die „neuen“ deutschen Diplomaten in Polen kennenzulernen. Denn bereits im Juli hatte es in der Deutschen Botschaft in Warschau eine Umbesetzung gegeben: In der Nachfolge von Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven hatte Dr. Thomas Bagger das Amt des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Polen übernommen. Im August erfolgte die Amtsübernahme des neuen Generalkonsuls in Breslau, Martin Kremer, von seinem Vorgänger Hans Jörg Neumann, und auch im Oppelner Konsulat war mit dem Wechsel von Birgit Fisel-Rösle auf Peter Herr eine Neubesetzung erfolgt.

Generalkonsul Kremer und Botschafter Bagger eröffneten den Empfang in Breslau und versicherten den anwesenden Vertretern der deutschen Minderheit, dass diese auch angesichts aktueller politischer Debatten in den diplomatischen Vertretungen weiterhin verlässliche Ansprechpartner hätten. Beide freuten sich, dass mit Natalie Pawlik MdB auch die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten für ein Grußwort und Gespräche anwesend war, begrüßten ausdrücklich die BdV-Delegation und dankten Dr. Bernd Fabritius für seinen Einsatz in dessen Zeit als Bundesbeauftragter. Als Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in

Polen (VdG) sprach auch Rafał Bartek ein Grußwort. Bartek, zugleich Präsident des Oppelner Regionalparlamentes, bedankte sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den diplomatischen Vertretern und der Minderheit, warb aber auch um Unterstützung für das aktuell drängendste Anliegen der Deutschen in Polen: die muttersprachliche Diskriminierung durch die polnische Regierung.

Jubiläum 30 Jahre BJDM

Am Abend folgte eine Gala des Bundes der Jugend der deutschen Minderheit in Polen (BJDM). Der BJDM hatte das Kulturfestival zum Anlass genommen, mit vielen Gästen und Ehrengästen sein 30. Jubiläum zu feiern. Imagefilme zur Geschichte, zur aktuellen Situation und zum Zukunftsauftrag des Verbandes, kurze Grußworte etlicher Ehrengäste, kleine Podiumsdiskussionen, Auszeichnungen und eine Vielzahl an Gesprächen prägten das Bild der kurzweilig vom BJDM-Vorsitzenden Oskar Zgonina und seiner Stellvertreterin Zuzanna Herud, zugleich Beauftragte der Woiwodschaft Oppeln für kulturelle Vielfalt, moderierten Veranstaltung.

Zuspruch gab es unter anderem erneut von der Bundesbeauftragten, Natalie Pawlik, und Botschafter Thomas Bagger, die gemeinsam mit Generalkonsul Martin Kremer an der Veranstaltung teilnahmen. Grüße aus dem Sejm, dem polnischen Parlament in Warschau, überbrachte der Abgeordnete der Minderheit, Ryszard Galla. Die Oppelner Regionalregierung war durch Vizemarschallin Zuzanna Donath-Kasiura vertreten. Rafał Bartek und sein Amtsvorgänger als VdG-Vorsitzender, Bernard Gaida, der auch Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutsche Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) ist, gratulierten „ihrer“ Jugendorganisation sehr herzlich. Spannende Erinnerungen an die Gründung des BJDM hatte der

erste Vorsitzende des Verbandes, Krzysztof Bramorski, mitgebracht, der heute als Rechtsanwalt in Breslau tätig ist und sich als Honorarkonsul für Luxemburg in den Woiwodschaften Niederschlesien und Oppeln für die polnisch-luxemburgische Verständigung einsetzt. Dank und Anerkennung gab es auch für den Bund der Vertriebenen, der mit seinen Landsmannschaften und Landesverbänden ein wichtiger Ansprechpartner in Deutschland sei. Im Anschluss an den offiziellen Teil konnte die BdV-Delegation, anknüpfend an die Gespräche zuvor im Generalkonsulat, mit den genannten Ehrengästen und Würdenträgern in weiteren Austausch treten.

Gespräche und Begegnungen beim Kulturfestival

Mit einem ökumenischen Gottesdienst im Breslauer Dom wurde am 10. September 2022 das 7. Kulturfestival der deutschen Minderheit eingeläutet. Die katholischen Bischöfe der Diözesen Breslau und Oppeln, Dr. Józef Kupny und Dr. Andrzej Czaja, der evangelische Bischof des Bistums Oppeln, Waldemar Pytel, sowie Pfarrer der deutschen evangelischen Gemeinden und katholische Seelsorger der Minderheit aus ganz Polen, darunter Pfarrer Karol Długosz, Pfarrer Dr. Peter Tarlinski und Domherr André Schmeier, sorgten gemeinsam mit Gläubigen, Chor und Bläsern für eine feierliche Gestaltung. Die BdV-Delegation wurde als Ehrengäste begrüßt und kam am Rande des Gottesdienstes ins Gespräch mit der Geistlichkeit.

Das Kulturfestival selbst fand erneut in der Breslauer Jahrhunderthalle statt. Die zur Zeit ihrer Errichtung 1913 größte freitragende Halle der Welt bot eine imposante Kulisse für ein Spektakel der Kultur und Verständigung, zu dem mehr als 3.500 Vertreter der deutschen Minderheit aus ihren Heimatorten in ganz Polen angereist waren, dazu mehr als 450 Künstler und eine Vielzahl an Gästen aus

Deutschland und anderen Nachbarländern Polens. Mit schriftlichen Grußworten hatten die Präsidenten Deutschlands und Polens, Dr. Frank-Walter Steinmeier und Andrzej Duda, ihre Schirmherrschaft über das Festival erklärt und den Beitrag der Minderheit zur Zivilgesellschaft gelobt. Die Bundesregierung war vor Ort durch die Bundesbeauftragte, Natalie Pawlik, vertreten, die ein persönliches Grußwort sprach. Die polnische Regierung jedoch glänzte trotz der Schirmherrschaft des Präsidenten durch Abwesenheit. Weitere kurze Reden und Grußworte gab es unter anderem vom VdG-Vorsitzenden Rafał Bartek, der BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius und die Delegation herzlich begrüßte, von der Oppelner Vize-Marschallin Zuzanna Donath-Kasiura und vom Breslauer Honorarkonsul Krzysztof Bramorski.

Erstmals war die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit einem eigenen Stand beim Festival vertreten und begrüßte dort herzlich die Vorsitzende ihres Kuratoriums, Rita Hagl-Kehl, und ihren Stellvertreter, Dr. Bernd Fabritius. Es gab eine spannende Begegnung und ein Gespräch mit einer Kulturgruppe der deutschen Minderheit in Lettland, die auf Einladung der Kulturstiftung nach Breslau gekommen war.

Konstruktiver Austausch mit dem VdG-Vorstand

Parallel zum Kulturprogramm hatte der VdG-Vorstand die BdV-Delegation zu einem offenen und konstruktiven Austausch eingeladen. Schonungslos stellte Rafał Bartek dabei die Situation dar und sprach über die drohenden Folgen der seit Jahresbeginn um zehn Millionen Euro geringeren Förderung sowie der Kürzung des muttersprachlichen Unterrichts von drei auf eine Wochenstunde.

Ohne Sprache gebe es keine Identität, ohne Identität keine Kultur und ohne diese drei Säulen keine deutsche Minderheit, so der VdG-

Vorsitzende zur diskriminierenden Behandlung der Minderheit durch die polnische Regierung. Unter Nutzung sämtlicher Netzwerke, Dank großer Solidarität im kommunalpolitischen Bereich und mit einem beispiellosen Kraftakt sei es an vielen Orten bislang noch gelungen, das Schlimmste zu verhindern. So seien Stadtverwaltungen für die ausbleibenden Gelder des Bildungsministeriums eingesprungen, um den Deutschunterricht in den lokalen Schulen weiter aufrechterhalten zu können. Außerdem stehe man im Gespräch mit deutschen Firmen, die in Polen produzieren und von deutschen Sprachkenntnissen profitieren. Zu befürchten sei jedoch die Kündigung von Lehrern bzw. deren Abwanderung in die Wirtschaft. Daher seien dauerhafte Lösungen nötig, vielleicht auch über neue Förderungen aus Deutschland.

Dr. Bernd Fabritius freute sich darüber, dass diesem existenziellen Problem der Minderheit mit so viel positiver Kreativität begegnet werde und stimmte zu, dass mehr Rückhalt von deutscher Seite nötig sei. Dieser Rückhalt müsse sich zuallererst dadurch äußern, dass die Diskriminierung der deutschen Minderheit in bilateralen Verhandlungen zwischen den Ländern thematisiert, deutlich kritisiert und von deutscher Seite auf eine Rücknahme hingearbeitet werde.

BdV und VdG vereinbarten, den Austausch zukünftig weiter zu intensivieren. Der VdG habe auch mit dem BdV in Berlin und in Bonn einen Ansprechpartner und Mitstreiter für die Anliegen der deutschen Minderheit in Polen, so BdV-Präsident Fabritius.

Eröffnung des Ausstellungs- und Dokumentationszentrums der Minderheit

Am 11. September besuchte die BdV-Delegation zunächst den deutschen Gottesdienst in Oppeln. Dieser wurde vom fast 90-jährigen, ehemaligen Minderheitenseelsorger

Prälat Wolfgang Globisch geleitet und bot danach Möglichkeiten, sich auszutauschen.

Danach war der BdV in Oppeln zu Gast bei der Eröffnung des Ausstellungs- und Dokumentationszentrums (DAZ) der deutschen Minderheit in Polen. Vor rund zehn Jahren am Runden Tisch zwischen den beiden Ländern als Institution beschlossen, um die Geschichte der Deutschen in Polen aufzuarbeiten und darzustellen, hatte Dr. Bernd Fabritius in seiner Zeit als Bundesbeauftragter das Projekt gemeinsam mit dem VdG anstoßen können. Mit Geldern der Stiftung für die Entwicklung Schlesiens war ein Gebäude mit bemerkenswerter Symbolik direkt am zur Oder gehörenden Mühlgraben erworben worden. Die Umbauarbeiten wurden aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) finanziert, für den laufenden Betrieb steht die Woiwodschaft Oppeln ein, die das Gebäude als Teil der Woiwodschaftsbibliothek betreibt.

Grußworte zur Eröffnung sprachen unter anderem die amtierende Bundesbeauftragte, Nataša Pawlik, der Marschall der Woiwodschaft Oppeln, Andrzej Buła, der Deutsche Botschafter in Warschau, Dr. Thomas Bagger, und der VdG-Vorsitzende und Sejmik-Präsident, Rafał Bartek. Dank und Anerkennung gingen an viele Adressen, darunter auch an Dr. Bernd Fabritius für Tatkraft und Empathie bei der Umsetzung des Projektes.

Ein Rundgang in der Ausstellung bot der BdV-Delegation Gelegenheit zum Austausch mit den anderen Gästen. Beeindruckt zeigte sich das Publikum von der Konzeption des Gebäudes, das auf relativ engem Raum den Besucher inhaltlich ausgewogen, aber auch emotional mit auf die Reise durch die Geschichte der deutschen Minderheit nimmt. Multimediale Elemente und Interaktivität gehören zu den Kerncharakteristika, sodass auch Jugendliche leichter angesprochen werden können.

Gespräch mit Bischof Czaja und Pfarrer Tarlinski

Im Anschluss hatte der Oppelner Bischof, Andrzej Czaja, gemeinsam mit dem amtierenden Minderheitenseelsorger, Pfarrer Peter Tarlinski, die BdV-Delegation zu einem intensiven Gespräch zur Situation der Minderheitenseelsorge in der Diözese Oppeln eingeladen.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius berichtete von Erfahrungen mit der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Rumänien, die bis heute für alle Siebenbürger Sachsen in Rumänien, aber auch in Deutschland und in der Welt die Heimatkirche und somit ein besonderer Ort der Gemeinschaft geblieben sei.

Bischof Czaja wiederum zeichnete die Entwicklung der „Gottesdienste in der Sprache des Herzens“ nach, im Zuge derer die deutsche Sprache wieder in die Gotteshäuser zurückgekehrt sei und wodurch die Kirche auch für die Minderheit wieder verstärkt zu einem Stück Heimat geworden sei. Darüber hinaus setze sich die katholische Kirche in Oppeln bis heute selbst dafür ein, dass die deutsche Sprache in der Region noch präsenter werde, zum Beispiel über die deutsch-polnische Joseph-von-Eichendorff-Zentralbibliothek.

Ein gemeinsamer Besuch dieser Bibliothek vervollständigte diesen Termin. Archiv-Referent Diakon Marek Dzony, der auch stellvertretender Minderheitenseelsorger ist, gab einen Einblick in die Arbeit vor Ort.

Besuch der Schule der deutschen Minderheit in Oppeln-Malino

Den Abschlusstermin der Delegationsreise bildete der Besuch der zweisprachigen Schule der deutschen Minderheit in Oppeln-Malino. Direktorin Margarethe Wysdak, das Team der Schule und des dazugehörigen Kindergartens sowie des Trägervereins Pro Liberis Silesiae bereiteten dem BdV einen herzlichen Empfang. Die Delegation wurde durch das 2014 renovierte und nach der Schulreform in Polen nochmals erweiterte Schulgebäude und den Kindergarten geführt. Die Mitarbeiter berichteten zur Entstehungsgeschichte und den Aktivitäten im Jahreskreis. Insgesamt bot sich das Bild einer erfolgreichen und sehr gut geplanten Einrichtung. Eine andere Stimmung zeigte sich im Gespräch zur aktuellen Lage nach der Mittel- und Unterrichtskürzung durch die polnische Regierung. Auch wenn kommunale Initiativen etwas Linderung verschafft hätten, herrsche die Befürchtung, das Lehrerkollegium nicht mehr lange halten zu können. Deutlich wurde, dass die Sorgen nicht in erster Linie dem Selbsterhalt gelten, sondern sich vielmehr auf den möglichen Wegfall der muttersprachlichen Bildungsangebote und dessen Auswirkungen auf die Identität der Minderheit richten. Leidenschaftlich wurde um Unterstützung aus Deutschland gebeten. Die BdV-Delegation sicherte zu, die Situation des muttersprachlichen Unterrichts in Polen auch selbst nochmals in Deutschland zum Thema von Gesprächen mit der Regierung zu machen.

1.2.3 22. November 2022: Vertriebene hinter dem Eisernen Vorhang

Am 22. November 2022 veranstaltete der Bund der Vertriebenen als anerkannter Träger der Bundeszentrale für politische Bildung (Bpb) ein Online-Diskussionsgespräch, bei dem es um den Umgang mit den deutschen

Heimatvertriebenen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie den heimatverbliebenen deutschen Minderheiten hinter dem Eisernen Vorhang ging. Moderiert vom freien Autor Tilman A. Fischer,

diskutierten BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, BdV-Vizepräsident Egon Primas und der Historiker Dr. Vincent Regente über verschiedene Leitfragen und Fragestellungen rund um diesen Themenkomplex.

Dr. Regente, der Co-Herausgeber des 2021 erschienenen Buches „Vertriebene in SBZ und DDR“ ist, führte mit einer anschaulichen Präsentation in die Thematik ein und führte aus, dass allein aufgrund der geografischen Lage die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) nach dem Zweiten Weltkrieg mit besonderer Wucht von Flucht und Vertreibung getroffen wurde. Schätzungsweise über vier Millionen Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen und aus den Heimat- und Siedlungsgebieten Deutscher in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa kamen dort an. Für viele weitere wurde die SBZ zu einer Zwischenstation auf dem Weg weiter nach Westdeutschland. Nach dem Schicksal von Flucht und Vertreibung erlebten die Vertriebenen spätestens mit dem Görlitzer Abkommen von 1950 in der DDR einen verordneten Heimatverzicht. Die herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) bemühte sich zunächst im Rahmen der Bodenreform, die Heimatvertriebenen einzugliedern. Gleichzeitig sollten sie die alte Heimat schnellstmöglich vergessen. Im Gegenzug mussten die Heimatvertriebenen als sogenannte Umsiedler über das Widerfahrene schweigen und wurden in die einheimische Gesellschaft assimiliert. Es galt, die sozialistische Schutzmacht Sowjetunion sowie die sozialistischen Nachbarstaaten als direkte Beteiligte am Unrecht der Vertreibung der Deutschen aus ihrer über Jahrhunderte angestammten Heimat nicht ins schlechte Licht zu rücken. Mit dem Begriff „Umsiedler“ entstand der Eindruck, dass diese Menschen ihre alte Heimat freiwillig verlassen hätten. Später wurden sie als „ehemalige Umsiedler“ bezeichnet, was ihr schweres Schicksal und das fortdauernde, weil unterdrückte

Leiden weiter verharmloste. Gleichzeitig hatten gerade die Vertriebenen – genau wie in Westdeutschland – einen entscheidenden Anteil am (Wieder-) Aufbau, hier der DDR.

Tilman Fischer kam anschließend mit BdV-Vizepräsident Egon Primas ins Gespräch, der als 1952 in Thüringen geborener Sohn eines Vertriebenen und Vorsitzender des dortigen BdV-Landesverbandes die Rolle des Zeitzeugen einnahm. Beeindruckend waren seine Schilderungen vom Erlebten in der DDR, von der anfänglichen Ablehnung durch die Mehrheitsbevölkerung, vom Verbot der Organisation, der dadurch fehlenden landsmannschaftlichen Verbindungen bis hin zu der Tatsache, dass man sich schlichtweg nicht getraut habe, sich als Heimatvertriebener zu erkennen zu geben. Beklemmend berichtete Primas, dass das ehemalige Konzentrationslager Mittelbau Dora als Aufnahmelager für die Heimatvertriebenen weiterbetrieben wurde – ein Ort, an dem schlimmste Verbrechen von den Nationalsozialisten begangen wurden und zahlreiche Menschen den gewaltsamen Tod fanden. Von seinem Vater berichtete er, dass er sich zum Posaune spielen mit guten, ebenfalls heimatvertriebenen Freunden getroffen habe und nur in dieser kleinen, sehr vertrauten Runde über das Thema gesprochen wurde – so groß war die Angst, in den Fokus des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu rücken. Kulturpflege, Trachten, Bräuche, Musik – alles nicht erlaubt. Erst nach der Wiedervereinigung sprachen die Menschen mit Vertreibungshintergrund offen über ihr Schicksal und das ihrer Familie und begannen, sich unter dem Dach des BdV zu organisieren.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius konnte diesen eindrucksvollen Bericht um die Perspektive des Heimatverbliebenen ergänzen. Bis zu seinem 18. Lebensjahr wuchs er im sozialistischen Rumänien auf und berichtete von seinen Erfahrungen als Angehöriger der

deutschen Minderheit. Im Gegensatz zu den Menschen in der DDR war es in Rumänien erlaubt, die deutsche Kultur zu pflegen, sich zu treffen, Trachten zu tragen und eine Gemeinschaft zu bilden. Vor allem die evangelische Kirche sei für die meisten zur „Heimat“ geworden, unter deren Dach man sich versammelte. Bis heute werde die Evangelische Kirche Augsburger Bekenntnisses in Rumänien von den Siebenbürger Sachsen weltweit als „Heimatkirche“ bezeichnet, die Bindung sei ungebrochen stark. Im Vergleich zur DDR sei der Assimilationsdruck geringer gewesen. Der rumänische Staatschef Nicolae Ceaușescu benutzte „seine“ Deutschen auch dazu, ein Bild von einem toleranten Staat nach außen zu vermitteln, um an westliche Devisen zu gelangen. Im Hinblick auf die DDR führte Fabritius aus, dass es für die in Rumänien lebenden Deutschen keinen Unterschied mache, ob man auf die Bundesrepublik oder den sozialistischen deutschen Staat blickte. Beide kamen ihm damals wie ein „Schlaraffenland“ im Vergleich zu den rumänischen Verhältnissen vor. Von seiner Ankunft in Deutschland berichtete Dr. Fabritius, dass er regelrecht fasziniert gewesen sei – von der Sauberkeit, vom Wohlstand und – besonders von den deutschen Ämtern, wo man nicht Monate auf einen Termin warten musste und stets freundlich und mit Hilfsbereitschaft behandelt wurde. Generell habe er sich sehr willkommen gefühlt und viele Einheimische hätten den Neuankömmlingen geholfen.

In der anschließend von Tilman Fischer moderierten, spannenden Diskussion, die durch einige interessante Zuschauerfragen ergänzt wurde, konnten die angesprochene Aspekte nochmals aufgegriffen und vertieft werden. Dr. Regente ordnete die Berichte von Egon Primas und Dr. Bernd Fabritius wissenschaftlich ein und ergänzte einige Aspekte, da er in seinen Recherchen für sein Buch auf ähnlich lautende Quellen gestoßen sei. Neben den zentralen

Fragestellungen wurde in der Diskussion aber auch Ambivalenzen erörtert. So wurde etwa der Frage nachgegangen, ob die Erfahrungen von einerseits Krieg – einschließlich der erlebten Unterdrückung Angehöriger anderer Völker –, Flucht und Vertreibung sowie andererseits der Eingliederung in eine am Ideal der Egalität orientierte Gesellschaft bei einzelnen Vertriebenen auch zu einer affirmativen Haltung gegenüber der DDR beitragen konnten.

Nach dem Ende der kommunistischen Gewaltherrschaft boten sich sowohl den Heimatvertriebenen als auch den Heimatverbliebenen neue Perspektiven. Wie Egon Primas bereits berichtet hatte, fand das Thema bei den ehemaligen Bewohnern der DDR ein großes Interesse. Es gründeten sich Zusammenschlüsse auf verbandlicher und landsmannschaftlicher Ebene und der neue gesamtdeutsche Staat entschädigte die Heimatvertriebenen aus der ehemaligen DDR mit 4.000 DM. Leider, so Primas, ließen einige nach Auszahlung dieser Mittel die Verbandszugehörigkeit wieder ruhen bzw. die jahrelange Assimilation und Unterdrückung des Erlebten in der DDR hatten die Betroffenen die eigene Familiengeschichte nahezu vergessen lassen und man ließ es dabei bewenden. Gleichzeitig entstanden durch die Gründung der Europäischen Union 1992 gerade für die westdeutschen Heimatvertriebenen neue Möglichkeiten, in die ehemaligen Vertreibungsgebiete zu reisen, seinen Wurzeln nachzugehen und im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union auch Land zu erwerben.

Dr. Fabritius blickte in einem letzten Austausch positiv auf die Integration der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler und bemerkte, dass man in Politik und Gesellschaft zunehmend erkenne, dass dieser Personenkreis ein der Zukunft sehr zugewandter und offener Personenkreis ist, der sich einem breiten Spektrum von Aufgaben widme.

Gerade die Brückefunktion sowie das uneingeschränkte Bekenntnis zu einem freien und friedlichen Europa machen die Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler aus. Dr. Regente bemerkte in einem Schlusswort, dass es aufgrund von Informationsdefiziten, auch bedingt durch die Politik der SED in

der DDR, zu Auseinandersetzungen oder Falschdarstellungen komme. Diesen Defiziten könne man nur mit politischer Bildung, mit Museumsbesuchen und mit Aufklärung durch die noch aktive Erlebnisgeneration begegnen, wozu diese Veranstaltung auch beigetragen habe.

1.2.4 13. Dezember 2022: „Verschwundene Orte in ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im östlichen Europa“

Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung in Lüneburg lud am 13. Dezember 2022 gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen zu einem Themenabend ein. Dr. Christoph Hinkelmann und Hannah Janowitz vom Ostpreußischen Landesmuseum eröffneten die Veranstaltung und führten das Publikum in die Thematik ein. Im Anschluss präsentierten Christina Meinusch, Heimatpflegerin der Sudetendeutschen, und Štěpánka Šichová, Geschäftsführerin des Vereins für deutsch-tschechische Verständigung Trautenau – Riesengebirge e.V., ein innovatives Projekt zur Erforschung verschwundener Orte im Riesengebirge am Beispiel des Dorfes Döberle. Im Rahmen einer GPS-Schnitzeljagd entdecken Jugendliche und junge Erwachsene längst vergessene Orte wieder und erhalten im anschließenden Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen

einen vertieften Zugang zur Geschichte ihrer Heimatregion.

Zahlreiche interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten anhand des reich bebilderten Vortrages die aufwendige Projektarbeit nachvollziehen und einen Eindruck vom verlassenen Ort Döberle bei Trautenau gewinnen. Besonders spannend waren die positiven Folgen des Projektes: Ein verwilderter Friedhof wurde wiederentdeckt und mithilfe des Engagements der Veranstalterin, Vertretern der Stadt Trautenau und vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer wieder in Stand gesetzt. Die sich an den Vortrag anschließenden Fragen und Anmerkungen unterstrichen abschließend deutlich die Bedeutung solcher Projekte für die Bewahrung verlassener Orte im kollektiven Gedächtnis – auch für folgende Generationen.

1.3 Weitere Termine

1.3.1 20. Juni 2022: Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

„Flucht ist leider ein Kernthema der Menschheit. (...) Vertreibung, ethnische Säuberung, Deportation: Sie waren immer eine Waffe, die durch Staaten eingesetzt oder billigend von ihnen in Kauf genommen wurden.“ In schmerzhafter Deutlichkeit leitete die Bundesministerin

für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Klara Geywitz, ihre Ansprache bei der Gedenkstunde am nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2022 ein. Geywitz vertrat die seitens der Bundesregierung eigentlich zuständige

Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, die wegen des G7-Gipfels auf Schloss Elmau unabkömmlig war. In ihrer Rede schlug Geywitz einen Bogen von der Vertreibung der Deutschen gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu Russlands Krieg gegen die Ukraine, wodurch heute rund acht Millionen Ukrainer auf der Flucht sind.

„Das Gedenken ist eine wichtige staatliche Aufgabe“, erklärte die Bundesbauministerin, doch funktioniere dies nur Hand in Hand mit zivilgesellschaftlichem Engagement, weshalb gerade an diesem Gedenktag die Arbeit des Bundes der Vertriebenen ausdrücklich zu würdigen sei. Immerhin seien „bis zu 14 Millionen Deutsche auch Opfer von Flucht und Vertreibung geworden“. Auch ihre eigene Familiengeschichte sei von diesem Schicksal geprägt. Ihre Mutter, laut Geburtsurkunde nur „Anni, Findelkind“, habe in den Wirren der letzten Kriegstage ihre Eltern verloren – und sei dann wiederum von deutschen Flüchtlingen aufgenommen und adoptiert worden, die ihrerseits gerade alles verloren hatten.

Flüchtlinge seien heute in Europa wieder so sichtbar wie am Ende des Zweiten Weltkrieges. Weltweit seien gar mehr als 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Daher erinnere gerade in diesem Jahr „dieser Tag daran, wie wichtig es ist, sich stets für Frieden und Versöhnung einzusetzen“, bekräftigte Geywitz.

„Leben außerhalb der Heimat ist Existenz“

„Flüchten zu müssen, vertrieben worden zu sein – das sind Erfahrungen, die sehr persönlich sind“, so die Bundesbauministerin. Daher dankte sie den beiden Zeitzeuginnen, Helgard Rohrmoser und Diana Liebert, dafür, stellvertretend für ihre Generationen über ihre Erlebnisse zu sprechen. Die Zeitzeugenberichte selbst stellten auf unterschiedliche Art das Thema Heimat in den Fokus.

Helgard Rohrmoser, 1938 in Königsberg geboren, schilderte lange verdrängte Erinnerungen von der Flucht ihrer Familie aus Ostpreußen. Sie ging auf ihre Heimatsuche nach der Ankunft im Nachkriegsdeutschland ein, die viele Stationen hatte, auch weil sie wegen der materiellen Not oft allein bei Verwandten untergebracht wurde. Ihre Heimatsehnsucht fand mit einem Besuch in Königsberg vor etwa zehn Jahren ihr Ende. Eine Zufallsbegegnung führte sie mit einer Mutter und einem Kind zusammen, das etwa so alt war wie sie bei der Vertreibung. Selbst zu sehen, dass dort heute wieder Menschen aufgewachsen, habe sie damals versöhnt, sagte Rohrmoser.

Diana Liebert wiederum – eine junge ethnische Deutsche aus Lemberg und Vorsitzende der deutschen Jugendorganisation in der Ukraine – berichtete emotional von der Flucht mit ihrer Tochter nach Deutschland. Der Verlust geliebter Menschen und der Heimat sei ein „unerträglicher Schmerz“ und nicht in Worte zu fassen. Sie fühle sich wie ein entwurzelter Baum. „Leben außerhalb der Heimat ist Existenz“, so Liebert. Sie zeigte sich überzeugt, dass die Ukraine den Krieg gewinnen werde, befürchtete jedoch einen hohen Preis für den Sieg. Gewalt und Kriegsverbrechen des russischen Militärs säumten den Kampf um die Unabhängigkeit, der auch ein „Kampf für die europäische Zivilisation“ sei. „Ich wünsche Ihnen allen Frieden und dass Sie nie die Möglichkeit verlieren, in Ihrer Heimat zu leben“, betonte Liebert abschließend.

„Heimat ist eine Einladung an alle, die Heimat suchen“

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, zeigte sich in seinem Schlusswort erschüttert darüber, dass mehr als sieben Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa gezielt wieder Heimat zerstört werde. Gerade die aktuellen Zeitzeugenberichte seien

ein Weckruf dafür, dass erneut Menschen vor einem Krieg flüchten, dass sie die Heimat aufgeben und mit dem Kind an der Hand ihr Heil nur außerhalb ihres Landes suchen können.

Bemerkenswert sei die Heimatsehnsucht und der starke Wunsch nach Rückkehr, mit der die hier angekommenen Flüchtlinge auf die Ukraine blicken. Auch hierin zeige sich eine Parallele zu den deutschen Heimatvertriebenen. Eine überzeugendere Bestätigung für die existenzielle Rolle von Heimat sei nicht vorstellbar – „und für uns Heimatvertriebene auch nicht nötig. Heimat ist für jede Gemeinschaft die Luft zum Atmen. Heimat ist nie

ausgrenzend, sondern eine Einladung an alle, die Heimat suchen“, so der BdV-Präsident eindringlich.

Daher gelte es ganz besonders, der Heimatsehnsucht der ukrainischen Flüchtlinge Zukunftsaussichten zu bieten. Für sie dürfe sich „nicht wiederholen, was die Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg erleben mussten“. Die langjährige Forderung des Bundes der Vertriebenen nach einem international verankerten und strafbewehrten Vertreibungsverbot sowie nach einem menschenrechtlich bindenden Recht auf die Heimat müsse endlich aufgegriffen und umgesetzt werden.

1.4 Sitzungen der Organe

1.4.1 Präsidium

In der Arbeit des Präsidiums stand auch 2022 noch zum Teil unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie. Aktuelle sowie anstehende Arbeitsschwerpunkte sowie Anliegen des Gesamtverbandes wurden auf drei, z.T. als Videokonferenz durchgeföhrten Sitzungen besprochen. Zusätzlich wurde eine verständigungs-politische Delegationsreise nach Breslau und Oppeln durchgeführt (siehe Punkt 1.2.2).

Als besondere Herausforderungen für die Steuerung des Verbandes und der verständigungspolitischen Aktivitäten erwiesen sich die die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sowie der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Angesichts des Krieges bildete die Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ einen Schwerpunkt der Arbeit des Präsidiums. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorbereitung einer umfangreichen Satzungsänderung, die von der Bundesversammlung verabschiedet wurde. Außerdem wurden wesentliche inhaltliche

Forderungen an die neue Bundesregierung erarbeitet und der Bundesversammlung zum Beschluss vorgelegt. Mit der Delegationsreise nach Breslau und Oppeln konnte auch der Austausch über aktuelle Anliegen der deutschen Minderheit in Polen gestärkt werden, die dann wiederum ebenfalls in die Arbeit des Präsidiums einflossen.

Dabei betonte das Präsidium den Beitrag des BdV und seiner Gliederung sowie der Vertriebenen und Spätaussiedler insgesamt zum Brückenbau in Europa, wünschte noch deutlichere Akzente in der Erinnerungs-, Bildungs- und Kulturpolitik, forderte ein Festhalten an der Vermutung eines besonderen Kriegsfolgeschicksals für die repräsentierten Menschen, mahnte eine Lösung für die Altersarmut von Aussiedlern und Spätaussiedlern an und setzte sich für einen Ausbau der Unterstützung der Minderheiten in ihrem Kampf um Identität, Sprache und Kultur ein.

1.4.2 26./27. April 2022: Bundesausschuss in Berlin

Am 26./27. April 2022 hatte der Bund der Vertriebenen im Umfeld des Jahresempfanges zu einer Klausurtagung seines Bundesausschusses eingeladen. Auf dieser wurde intensiv über aktuelle Themen und Arbeitsfelder des Verbandes und seiner Mitglieder gesprochen und die laufende Strukturdebatte fortgesetzt. Außerdem wurde mit einem Vortrag von Dr. Alfred Eisfeld zu dessen aktuellen Forschungsschwerpunkten thematisch an die Verleihung der Ehrenplakette angeknüpft (siehe Punkt 1.5.1).

Die Tagung fand in den Räumen des Dokumentationszentrums „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Deutschlandhaus in Berlin statt. Direktorin Dr. Gundula Bavendamm begrüßte die Teilnehmer, informierte sie über den aktuellen Arbeitsstand und stand für einen offenen Austausch zur Dauerausstellung zur Verfügung. Das Angebot einer Führung durch die Ausstellungsräume nahmen viele der anwesenden Vorsitzenden der Landsmannschaften und Landesverbände sowie der außerordentlichen Mitgliedsverbände gern an.

1.4.3 26. August 2022: Bundesversammlung in Berlin

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen befasste sich als höchstes Be schlussgremium des Verbandes am 26. August 2022 in Berlin intensiv mit einer umfangreichen Satzungsänderung. In deren Rahmen derer wurden u.a. die Leitlinien der Verbandsarbeit als Präambel der Satzung vorangestellt. Darüber hinaus fasste sie fünf Entschließungen zu aktuellen Themen und Anliegen des Verbandes und seiner Mitglieder, die im Folgenden dokumentiert sind.

Dem Frieden und der Völkerverständigung in Europa verpflichtet

Dem Geist der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet, fordert die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen die Regierungen und Völker Europas und der Welt dazu auf, sich vereint dafür einzusetzen, dass Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine beendet. Den Krieg und die damit einhergehenden zahllosen Menschenrechtsverletzungen verurteilen wir. Dazu gehören die millionenfache Flucht und Vertreibung der ukrainischen Zivilbevölkerung, ethnische Säuberungen, Deportationen sowie

massive Zerstörungen der Lebensgrundlagen und der Infrastruktur. Zivilisatorische Gesellschaften haben andere Möglichkeiten, Konflikte auszutragen. Das Schicksal der Ukrainer erfüllt die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die stellvertretend für die furchtbaren Verbrechen der Nationalsozialisten in Haftung genommen wurden, aber auch die Aussiedler und Spätaussiedler, die zum Teil Jahrzehnte in kommunistischen Unrechtsregimen dem Kriegsfolgeschicksal ausgesetzt waren, mit großer Anteilnahme.

Auch was am Ende und nach dem von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieg geschah, darf sich nicht wiederholen. Es gilt, den geflüchteten und vertriebenen Ukrainern eine Rückkehr in ihre Heimatgebiete zu ermöglichen, sobald wieder Friede herrscht.

Angesichts unserer eigenen Geschichte wissen wir, dass die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechtes sowie der staatlichen Souveränität den einzigen möglichen Weg zu dauerhaftem Frieden in der Region und zu erneuter grenzüberschreitender Verständigung weist. In diesem Prozess können die

deutschen Minderheiten in der Ukraine, in Russland und den angrenzenden Ländern eine wichtige Rolle spielen.

Insgesamt gilt es nach wie vor, Flucht, Vertreibung und ethnische Säuberungen weltweit zu ächten und strafbewehrt zu verbieten. Auch dies sollte das Ziel internationaler Anstrengungen sein.

Deutsche Minderheit in Polen stärker unterstützen

Die deutsche Minderheit in Polen ist derzeit einer beispiellosen Diskriminierung durch die polnische Regierung ausgesetzt. Als einziger ethnischer bzw. nationaler Minderheit in der Republik Polen wurde ihr der muttersprachliche Unterricht von drei auf eine Wochenstunde gekürzt. Gleichzeitig wurde die Förderung dieses Unterrichts um rund zehn Millionen Euro oder etwa ein Drittel der Gesamtförderung abgesenkt.

Eine derartige, gezielte Benachteiligung verstößt gegen grundlegende Minderheiten- und Menschenrechte und bedroht die Minderheit in ihrer Identität.

Es ist gut, dass die Bundesregierung dies ebenfalls so bewertet, die Kürzungen klar als Diskriminierung bezeichnet und als gegen geltendes europäisches wie polnisches Recht verstoßend eingeordnet hat.

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen stellt sich an die Seite der deutschen Minderheit in Polen und fordert die Bundesregierung auf, Gespräche zur Rücknahme dieser Kürzungen mit Nachdruck fortzusetzen sowie flankierend die Minderheitenförderung zu intensivieren und sich in eine angemessene Förderung der Muttersprache für die Deutschen in Polen im Sinne der Europäischen Charta für die Regional- und Minderheitensprachen einzubringen.

Vertriebenenkulturarbeit weiterhin sicher fördern

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung und insbesondere die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) auf, die aktive Kulturarbeit der Vertriebenen, Spätaussiedler und ihrer Verbände gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) auch zukünftig sicher zu fördern und finanzielle Kürzungen im Bereich der Projektmittel zurückzunehmen. Diese Kürzungen bleiben auch angesichts eines stetig wachsenden Gesamthaushaltes der BKM unverständlich.

Es gilt, am erfolgreich etablierten, partizipativen Ansatz zwischen Bund und Ländern, Institutionen und Kulturträgern im In- und Ausland festzuhalten und diesen auszubauen. Gleichzeitig müssen diejenigen Bundesländer mehr Engagement zeigen, die hier noch Nachholbedarf haben.

Das kulturelle Erbe der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa und in den heutigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Kultur der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie die Kultur der heute noch in den Heimat- und Herkunftsgebieten lebenden Deutschen sind wesentliche Bestandteile der kulturellen und auch geistigen Identität Deutschlands, an deren Erhalt gesamtgesellschaftliches Interesse besteht.

Es ist gut, dass diese Überzeugung auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Ausdruck kommt. Sie sollte das Regierungshandeln in diesem Bereich leiten. Sie muss auch dort sichtbar werden, wo unser kulturelles Erbe von den Kulturträgern und deren Nachkommen sowie ihren Verbänden gepflegt, weitergegeben, weiterentwickelt und somit lebendig erhalten wird. Gerade hier bestehen beste Kontakte zu Wissenschafts- und Kultureinrichtungen sowie

zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen im In- und Ausland. Auch in dieser Arbeit kommt unser Engagement für Frieden und Verständigung mit den östlichen Nachbarn zum Ausdruck.

Die projektgebundene Kulturförderung des Bundes im Bereich § 96 BVFG unterstützt diese Arbeit und darf daher nicht zusammen gestrichen, sondern sollte sogar verstärkt werden.

Nachteile im Rentenrecht beseitigen – Generationengerechtigkeit herstellen

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung auf, ihrer staatlichen Verantwortung für die Gruppe der Aus- und Spätaussiedler gerecht zu werden und für die betroffenen Menschen benachteiligende gesetzliche Regelungen aus früheren Jahren zurückzunehmen. Dies sind u.a.:

- Aufhebung der pauschalen 40-Prozent-Kürzung der FRG-Rente,
- Aufhebung der pauschalen Kürzung von Kindererziehungszeiten sowie eine Verlängerung der Erklärungsfrist bzw. eine gesetzliche Zuweisung zum berechtigten Elternteil,
- Abbau bürokratischer Hürden und finanzieller Belastungen beim Rentenbezug aus dem Ausland.

Diese bestehenden Nachteile führen zwangsläufig bei vielen Aus- und Spätaussiedlern zu Altersarmut. Sie stehen in Widerspruch zum Gebot der Generationengerechtigkeit, weil die Nachkommen der Aus- und Spätaussiedler in hohem Maße zur Stabilität unseres Rentensystems beitragen. Daraus kann angesichts

der aktuellen Lage erheblicher sozialer Unfrieden entstehen, auch weil die Betroffenen in finanzielle Nöte geraten und sich von der Regierung im Stich gelassen fühlen.

Die Bundesregierung wird ebenso aufgefordert, den für den aktuellen Bundeshaushalt beschlossenen Härtefallfonds endlich auf den Weg zu bringen, die Gruppe der Aussiedler darin einzubeziehen und somit diesen Teil der Versprechen an die Betroffenen zu erfüllen.

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) langfristig sichern

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) ist ein seit Jahrzehnten bewährtes Instrument in der deutschen Integrationspolitik. Der BdV und die Wohlfahrtsverbände leisten im Rahmen des MBE-Programms wertvolle Arbeit und unterstützen die MBE zusätzlich mit Eigenmitteln. Nach wie vor ist sie insbesondere für den BdV ein wichtiges Element in der Beheimatung der nach Deutschland kommenden Spätaussiedler.

Nach dem Entwurf des Bundeshaushalts für 2023 drohen in der MBE nunmehr Mittelkürzungen um ein Drittel.

Dies ist ein fatales Signal für die dringend benötigte Integrationsarbeit, aber auch angesichts der weltpolitischen Lage, der auch dadurch stark erhöhten Zuwanderung und des weiterhin steigenden Beratungsaufkommens.

Daher fordert die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen die Bundesregierung und die Parlamentarier dazu auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Leistungsfähigkeit der MBE durch eine langfristig gesicherte Förderung gezielt zu unterstützen.

1.5 Ehrungen

1.5.1 Ehrenplakette des BdV an Dr. Alfred Eisfeld

Im Rahmen des BdV-Jahresempfanges am 26. April 2022 wurde dem russlanddeutschen Historiker Dr. Dr. h.c. Alfred Eisfeld die Ehrenplakette, die höchste Auszeichnung des BdV, verliehen.

Präsident Dr. Bernd Fabritius erklärte, Eisfeld erhalte die Ehrung für seine Forschungen und Veröffentlichungen, aber auch für seinen Einsatz für die Deutschen aus Russland.

In seiner Laudatio skizzierte Fabritius den Lebensweg des zu Ehrenden, der ihn aus einer Kleinstadt in Russland über die Universitäten Bonn und München nach Göttingen führte, wo er bis heute Geschäftsführender Leiter des Instituts für Deutschland- und Osteuropa-forschung des Göttinger Arbeitskreises ist. Als Wissenschaftler am Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN) sei Eisfeld ein ausgewiesener Experte für die Geschichte und Kultur der Deutschen im Russischen Reich, der Sowjetunion und der GUS. Auf dem Gebiet der politischen Wissenschaft betätigt er sich im Forschungsfeld für russische und sowjetische Nationalitäten-politik sowie im Bereich der deutsch-russischen und deutsch-ukrainischen Beziehungen.

„Es ist die Gesamtheit Ihres bisherigen wissen-schaftlichen Lebenswerks, das sich dadurch kennzeichnet, dass es einerseits in stetem Tropfen in das kollektive Gedächtnis der Russ-landdeutschen einzahlt und dieses wiederum andererseits in seiner Gesamtheit für die heutigen Generationen und für die Nachwelt dokumentiert, erweitert und sichert.“ Damit sei Dr. Alfred Eisfeld über die Jahrzehnte mit seiner Arbeit „zum bedeutendsten russland-deutschen Historiker herangewachsen“ und

leiste einen unschätzbaran Beitrag zur kollek-tiven Selbstversicherung der russlanddeut-schen Gemeinschaft, so Dr. Fabritius.

Dankesworte des Geehrten

In seiner Danksagung machte Dr. Eisfeld deutlich, wie wichtig die wissenschaftliche Forschung zur Geschichte der Russlanddeut-schen auch für die Völkerverständigung und die gesellschaftliche Integration der als Aussiedler und Spätaussiedler nach Deutsch-land gekommenen Landsleute ist.

So bedinge die enge Zusammenarbeit des Göttinger Arbeitskreises mit Wissenschaftlern, Organisationen und vielen Ehrenamtlichen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion die Erschließung und Veröffentlichung von Archi-valien und Artefakten. Gleichzeitig seien die Russlanddeutschen nie ausschließlich als Forschungsobjekte, sondern als Subjekte in die Arbeit einbezogen gewesen. Dadurch konnte in jahrzehntelanger Arbeit die große Lücke im kollektiven Gedächtnis verkleinert werden, die sich durch das Verbergen der an den Russlanddeutschen verübten Verbrechen aufgetan habe. Dieses Wissen gehöre sowohl zur deutschen Geschichte als auch zu den Landesgeschichten der Herkunftsländer, so Eisfeld weiter. Es sei nötig, um die von Ausgrenzung und Entwurzelung geprägte Geschichte des „Volk auf dem Weg“ bis heute zu verstehen.

Für die Zukunft wünschte sich Dr. Eisfeld, dass sich das besondere Forschungsinteresse auch in besserer finanzieller Ausstattung und Unter-stützung von Veröffentlichungen nieder-schlägt. Es gebe einen Forschungs- und

Publikationsstau, den es aufzulösen gelte. Abschließend dankte er nochmals und bezeichnete die Auszeichnung als weiteren

Ansporn – sowohl persönlich als auch für den Göttinger Arbeitskreis.

1.5.2 Ehrenplakette des BdV an Bernard Gaida

Eine weitere BdV-Ehrenplakette wurde im würdigen Rahmen des Tages der Heimat auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums an Bernard Gaida für seine Arbeit als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) verliehen.

Präsident Dr. Bernd Fabritius machte deutlich, dass das Leitwort „Vertriebene und Spätausiedler: Brückenbauer in Europa“ das verständigungspolitische Engagement besonders betone. Zugleich weise die Arbeit der deutschen Minderheiten alle Merkmale eines Einsatzes als Brückenbauer über Grenzen hinweg auf.

Dabei sei die Einbindung der Jugendorganisationen ein zentraler und wichtiger Aspekt, dem sich die AGDM unter der Leitung von Bernard Gaida verschrieben habe.

„Die AGDM leistet einen unschätzbaran Beitrag zur kollektiven Selbstversicherung aller deutschen Minderheiten, zum Kulturerhalt und zur Bewahrung der kulturellen Identität. Dafür danken wir Ihnen heute, indem wir Sie stellvertretend auszeichnen und ehren“, so der BdV-Präsident in seiner Laudatio.

Dankesworte des Geehrten

Sichtlich bewegt danke Bernard Gaida für die Auszeichnung. Er verstehe die Ehrung als Anerkennung der Arbeit von Tausenden ehrenamtlichen Mitarbeiter der deutschen Volksgruppen in vielen Ländern Europas und Zentralasiens. Ihn freue es besonders, die Ehrung unter dem diesjährigen Leitwort

entgegennehmen zu dürfen, denn auch die Minderheiten verstünden sich als Brückenbauer. Dabei würden sie allerdings häufig missverstanden und würden aus „historischer Empfindlichkeit“ mit Feindschaft betrachtet.

In diesem Zusammenhang äußerte Gaida deutliche Kritik an der polnischen Regierung, der er insbesondere im Hinblick auf die Kürzungen beim muttersprachlichen Unterricht eine „gesetzliche Brutalität in der Diskriminierung der deutschstämmigen Schüler in den polnischen Schulen“ vorwarf. Leider sehe die Europäische Kommission dabei tatenlos zu, die Bundesregierung reagiere zu schwach, und viele polnische demokratische Institutionen, wie der Senat, verhielten sich hilflos.

Das sei kein Einzelfall. „Das fehlende, effektive Bildungssystem, das den Deutschen im Ausland eine Chance geben kann, ihre Sprache zu pflegen und dadurch ihre Bindung an die deutsche Kultur zu stärken, soll Standard sein und nicht Ausnahme.“ So werde den Deutschen in Slowenien die Anerkennung als Minderheit seit 30 Jahren vorenthalten. Gaida verwies auch auf die „tragische Lage“ der deutschen Minderheiten in Russland und der Ukraine. Sie seien der Meinungsfreiheit beraubt, der Propaganda ausgesetzt und gerade in der Ukraine gemeinsam mit der Mehrheitsbevölkerung Mord, Bombardierung, Existenzverlust und Flucht ausgesetzt. Trotzdem versuchten die deutschen Minderheiten aller Länder als Fürsprecher der erweiterten europäischen Integration und der Überwindung der Nationalismen zu wirken.

Gaida betonte, dass die Förderung der Deutschen im Ausland nicht nur eine moralische Pflicht, sondern auch eine gute Investition sei.

Zum einen kämen immer wieder junge Menschen aus der Minderheit zum Studium oder arbeiten nach Deutschland, zum anderen wüsste die deutsche Industrie bei Direktinvestitionen im Ausland die Angehörigen der Minderheit aufgrund ihrer Sprachkenntnisse

und Identität sehr zu schätzen. Gleichzeitig könnten die Minderheiten ohne Unterstützung aus Deutschland nicht überleben.

Insgesamt sei daher mehr Engagement, eine vereinfachte und höhere Förderung und ein Dialog auf Augenhöhe notwendig. Es dürfe nicht geschehen, dass die Minderheiten verschwinden, „still und fast unbemerkt“. Dann würden die Brücken auf einmal fehlen.

2 Aufnahme und Integration

2.1 Spätaussiedler

2.1.1 Registrierte Spätaussiedler

Im Jahr 2022 wurden laut Statistik des Bundesverwaltungsamtes (BVA) insgesamt 7.010 Spätaussiedler und Angehörige in der für die Registrierung von Spätaussiedlern zuständigen Außenstelle des BVA in Friedland (Niedersachsen) registriert. Gegenüber dem Jahr 2021 waren es 42 Personen weniger.

Der Zuzug findet überwiegend aus der Russischen Föderation (3.300) und Kasachstan (2.451), gefolgt von der Ukraine (933) und Weißrussland (108) statt. Nur vereinzelt werden noch Personen aus Polen (5) und Rumänien (2) aufgenommen.

2.1.2 Antragszahlen

Im Jahre 2022 stellten 11.381 Personen einen Aufnahmeantrag.

Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung von 2.135 antragstellenden Personen. Die überwiegende Anzahl der Anträge

wurde aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion gestellt.

Das BVA hat 2022 Aufnahme- und Einziehungsbescheide für 6.068 Personen erteilt. 2020 waren es 9.844 positive Bescheide.

2.1.3 Schlussfolgerungen

Die Zahlen der Aufnahme von Spätaussiedlern im Bundesgebiet unterlagen 2022 keinen besonderen statistischen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Anzahl der eingereisten Personen nahm gegenüber dem Jahr 2021 unwesentlich um 42 Personen ab, wobei sich der Zuzug von Menschen aus der Ukraine 2022 mehr als verdoppelt hat. Dies ist auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und das verstärkte Verlassen der Kriegsregionen durch die Menschen zurückzuführen. Die Aufnahme der Deutschen kann unter Härtefallgesichtspunkten auch ohne vorherige Erteilung des Aufnahmebescheides erfolgen, wenn alle sonstigen Voraussetzungen für die Aufnahme

erfüllt sind. Gab es 2021 noch eine deutliche Steigerung bei der Erteilung von positiven Aufnahmebescheiden für antragstellende Spätaussiedler, ist im Jahr 2022 leider ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist auf eine restriktive Auslegung der Rechtsprechung im Aussiedleraufnahmeverfahren zurückzuführen, die der Situation der Menschen in den Herkunftsgebieten weder gerecht wird noch die Verantwortung Deutschlands für die deutsche Minderheit spiegelt. Auch die Zahl der gestellten Anträge ist weiter zurückgegangen. Dies liegt möglicherweise auch daran, dass die Chancen auf Erteilung eines positiven Aufnahmebescheides von den Betroffenen selbst als gering eingeschätzt werden.

2.2 Projekte, Beratung, Haupt- und Ehrenamt

2.2.1 Projektbetreuung und Koordinierung

Der Bund der Vertriebenen ist im Rahmen der Projektförderung des Bundes für die Integration von Zuwanderern Ansprechpartner des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge als Zuwendungsbehörde und partizipiert an öffentlichen Mitteln für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwandererinnen und Zuwanderer (MBE).

Die Mittel werden an die Mitgliedsverbände vor Ort weitergeleitet, die die bewilligten Projekte entwickelt haben und durchführen. Die Bundesgeschäftsstelle leistet im Rahmen der

Projektförderung Hilfe bei der Entwicklung der Projekte, übernimmt die Steuerung des Antrags- und Zuwendungsverfahrens, die Weiterleitung der Mittel zur Bewirtschaftung der geförderten Projekte und Prüfung bzw. Erstellung der Verwendungsnachweise.

Darüber hinaus koordiniert die Bundesgeschäftsstelle die Projektförderung und begleitet Evaluationsmaßnahmen. Weiterhin werden Schulungen für Ehrenamtliche im Bereich Integration von der Bundesgeschäftsstelle durchgeführt bzw. an Mitgliedsverbände vermittelt.

2.2.2 Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und Zuwanderinnen

Für die Beratung von Spätaussiedlern und Migranten durch die Mitgliedsverbände erhielt der Verband im Jahre 2022 eine Zuwendung aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Damit wurde die Tätigkeit von 38 hauptamtlichen (36 zum 31.12.2022) und mehr als 200 ehrenamtlichen Betreuern in der Integrationsarbeit bezuschusst.

Die 38 hauptamtlichen Migrationsberater (MBE-Berater), teilweise in Teilzeit, initiieren, steuern und begleiten den Integrationsprozess von neu zugewanderten Spätaussiedlern, ihren Familienangehörigen, Migranten sowie ausländischen Mitbürgern mit Integrationsbedarf und stehen ihnen für alle Fragen des täglichen Lebens zur Seite. Die MBE-Berater des BdV sind sozialpädagogische Fachkräfte, deren Qualifikation gesondert vom BAMF überprüft wird. Sie beraten schwerpunktmäßig im Case-Management-Verfahren.

Im Berichtszeitraum wurden rund 9.200 Personen beraten. Hinzu kommen noch 3.370 mitberatene Familienangehörige. Knapp ein Drittel der Ratsuchenden sind Spätaussiedler und ihre Familienmitglieder, sie kamen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die übrigen Klienten sind anerkannte Flüchtlinge aus der Ukraine, aus Syrien, Afghanistan, Irak und diversen afrikanischen Staaten sowie EU-Bürger, v.a. aus Rumänien, Bulgarien, Griechenland.

Der BdV unterhält bundesweit 29 feste Beratungsstellen. Diese befinden sich in Aichach, Bad Homburg, Berlin, Bonn, Dresden, Eberswalde, Groß-Gerau, Haldensleben, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Melsungen, München, Neustadt/Weinstraße, Nürnberg, Osnabrück, Potsdam, Regensburg, Schönebeck, Stuttgart und Wiesbaden. Hinzu kommen mobile Beratungsstandorte an rund 16 weiteren Standorten, die von den Migrationsberatern mitversorgt werden.

Um die Aufgabe der Migrationsberatung als Zentralstelle für die Träger wahrzunehmen, führt die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig Arbeitsgespräche mit den Migrationsberatern durch. In den Sitzungen werden die Vorgaben des Zuwendungsgebers kommuniziert, die Inhalte der täglichen Arbeit in den Beratungsstellen erörtert und den Mitarbeitern grundlegende Informationen vermittelt, die der täglichen Arbeit dienen. Im Berichtszeitraum fanden zwei Arbeitsgespräche statt, beide in Präsenz (Wiesbaden und Nürnberg). Auch die gewohnten Fortbildungen für die Berater zu beratungsspezifischen Themen konnten im Berichtszeitraum nach den pandemiebedingten Einschränkungen wieder aufgenommen werden.

Neben den Koordinierungsaufgaben innerhalb des Verbandes nimmt die Bundesgeschäftsstelle an den Trägergesprächen mit dem BAMF und Abstimmungsgesprächen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege teil. Hierzu finden regelmäßig Quartalsgesprächsrunden zu Umsetzung und Weiterentwicklung des MBE-Programms statt. Im Berichtszeitraum wurden die Trägergespräche mit dem BAMF pandemiebedingt fast ausschließlich per Videokonferenz durchgeführt.

2022 beteiligten sich der BdV und seine MBE-Träger intensiv am mbeon-Projekt und arbeiteten daran, das Onlineberatungstool in den Arbeitsalltag der MBE-Berater noch stärker zu integrieren.

mbeon ist zu einem unentbehrlichen Teil der Arbeit jeder Beratungsfachkraft geworden. Seit Januar 2021 wird mbeon nicht mehr überverbandlich, sondern innerverbandlich von einer Sachbearbeiterin gesteuert. Die an mbeon mitwirkenden Verbände arbeiten weiterhin auf Bundesebene eng zusammen. Es finden regelmäßige Austauschrunden

sowie gemeinsam organisierte Fortbildungen und Webinare statt.

In regelmäßigen Abständen finden außerdem vom BAMF organisierte Arbeitstreffen des Beirates „Onlineberatung“ statt. Daran nehmen alle Wohlfahrtsverbände und der BdV teil.

Im Jahr 2022 lag der Fokus auf der Einarbeitung neuer Beratungskräfte, die keine Erfahrung im Bereich der Onlineberatung haben. Aus diesem Grund organisierten die an mbeon beteiligten Verbände eine zweitägige Schulung zum Thema „Einführung in die Onlineberatung“. Ein erfahrener Dozent für Onlineberatung führte die MBE-Berater in das Thema ein und zeigte anhand von realistischen mbeon-Anfragen, wie Onlinefälle zu behandeln und zu dokumentieren sind.

Die Onlineberatung hat sich neben der Präsenz-, Telefon- und E-Mail-Beratung innerhalb kurzer Zeit als fester Beratungskanal in der Beratungspraxis etabliert und ergänzt das Beratungsangebot sinnvoll. Statistisch gesehen wird mbeon insbesondere für kurze Informationsanfragen eingesetzt. Dabei kommt es in Einzelfällen vor, dass sich aus einer reinen Informationsanfrage ein komplexes Beratungsanliegen entwickelt.

Monatlich meldeten sich im Jahr 2022 ca. 700 neue Ratsuchende bei mbeon an. In den Monaten November und Dezember war ein leichter Abstieg zu verzeichnen, da in diesem Zeitraum eine umfangreiche Systemintegration lief und technische Schwierigkeiten in der mbeon-App bewirkte.

Das monatliche durchschnittliche Nachrichtenaufkommen lag bei ca. 13.500. Die mbeon-App wird vorrangig für den Versand von Nachrichten verwendet. Dokumente, wie PDF- und JPG-Dateien, stellen eher die Ausnahme dar.

2.2.3 Ehrenamtliche Betreuung

Seit Jahrzehnten verfügt der BdV über ein effektives, bundesweites Netz von ehrenamtlichen Betreuern, das eng mit den Gliederungen des Verbandes auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene sowie vor allem mit den hauptamtlichen MBE-Beratern vor Ort verzahnt ist.

Die über 200 durch das BAMF bezuschussten Ehrenamtlichen im BdV betreuten bundesweit mehr als 12.200 Personen. Allein der nachgewiesene Betreuungsaufwand betrug über 24.500 Stunden.

Auch 2022 hatte ein Großteil der ehrenamtlichen Betreuer Wurzeln in den ehemaligen GUS-Staaten. Die Ehrenamtlichen bieten ihre Hilfe den unterschiedlichen Zielgruppen der Migrationsberatung, besonders aber auch den Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen an. Aufgrund der eigenen Aussiedlungsgeschichte, der jahrelangen Erfahrung in der ehrenamtlichen Arbeit, der guten Kontakte am Wohnort und der Empathie mit den Anliegen der Ratsuchenden können sie auch in schwierigen Situationen Lösungsansätze aufzeigen.

Hilfe und Solidarität ist allen Ratsuchenden sicher, wenn es darum geht, für jemanden ein amtliches Schreiben zu übersetzen oder zu erläutern, jemanden zum Amt, zum Arzt, zur Apotheke oder zum Einkaufen zu begleiten, einen Antrag oder Widerspruch zu formulieren, das Kind in der Schule oder im Kindergarten anzumelden oder Hilfe bei einer Suchtberatungsstelle oder der Verbraucherzentrale zu

vermitteln. Durch gleiches Schicksal verbunden, entwickeln die Ratsuchenden schnell Vertrauen in die Betreuer und treffen häufig auch auf sprachlich kompetente und empathische Menschen. Im Wohnumfeld entwickeln sich häufig gute Beziehungen, die dazu führen, dass betreute Spätaussiedler später selbst zu Betreuern werden und damit die ihnen entgegengebrachte Hilfe zurückgeben.

Beim BdV und seinen bis in die untersten regionalen Gliederungen greifenden Strukturen finden Interessierte, die für die Ausübung des Ehrenamtes notwendigen Rahmenbedingungen: Anbindung an feste Strukturen, in denen man auf Gleichgesinnte trifft, Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Entwicklung von Problemlösungsstrategien, Anerkennung für geleistete Arbeit im öffentlichen und persönlichen Bereich sowie Informationsaustausch allgemeiner Art, aber auch etwa zu Fortbildungen und Qualifizierungen. Der Bedarf an ehrenamtlicher Arbeit im Integrationsbereich ist als flankierende Maßnahme zu den vielfältigen Integrationsprogrammen des Bundes, der Länder und Kommunen erheblich.

Die ehrenamtlichen Betreuer, die schon seit Jahren soziale Beratung und Betreuung leisten, wurden durch Schreiben und in Veranstaltungen aufgefordert, die Migrationsberatung zu unterstützen, indem sie die Neuzuwanderer über die bundesgeförderte Migrationsberatung (MBE) informieren, sie dort hinführen und eine Funktion als Integrationslotse übernehmen.

2.2.4 Seminare für Multiplikatoren im Ehrenamt

Zur Qualitätssicherung der ehrenamtlichen Betreuung bietet die Bundesgeschäftsstelle

jährlich mindestens eine Multiplikatorenschulung für Ehrenamtliche an.

Im Berichtszeitraum fand diese im Rahmen einer Präsenzveranstaltung im Haus der Heimat in Nürnberg statt. Die Teilnehmer kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Neben allgemein relevanten Themen, die gemeinsam besprochen wurden, hörten die Teilnehmer einen Fachvortrag zum Thema „Rechte kennen und nutzen: (Spät-) Aussiedler und die Grundrente“ und kamen im Anschluss mit dem Referenten ins Gespräch.

Informationsfluss und regelmäßiger Kontakt zu den Ehrenamtlichen wurde zusätzlich durch das Format des fachspezifischen Newsletters gewährleistet.

Mit sechs Newslettern wurden im Berichtszeitraum alle Ehrenamtlichen erreicht und konnten auf den jeweils neuesten Stand hinsichtlich sozial- und rechtspolitischer Themen gebracht werden.

3 Wanderausstellungen

3.1 Zusammenfassung des Ausstellungsjahres

Der Bund der Vertriebenen führte im Jahr 2022 die Präsentation der Wanderausstellungen der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN (ZgV) „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“, „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“, „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ sowie „In Lagern Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ fort. Gefördert wurden diese Wanderausstellungen durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Alle Ausstellungen enthalten wichtige Informationen zur Geschichte und zum Schicksal eines Teils der Deutschen. Sie werden dem Betrachter und Leser in moderner und komprimierter Form an Orten dargeboten, die grundsätzlich öffentlich zugänglich und kostenfrei zu betreten sind. Damit kann auch ein Publikum erreicht werden, das diese Informationen nicht gezielt sucht, sondern durch die Präsenz der Ausstellungen vor Ort damit konfrontiert wird.

2022 waren „Erzwungene Wege“ 42 Tage, „Angekommen“ 89 Tage, „In Lagern“ 124 Tage und „Verschwunden“ 247 Tage in Ausstellung. „Erzwungene Wege“ gastierte in Pforzheim, „Angekommen“ in Bremen und Neuss, „In Lagern“ in Bremen und Halle (Saale) und „Verschwunden“ in Neugablonz/Kaufbeuren, Bremen sowie Lüneburg. Die Folgen der Corona-pandemie waren dabei noch immer spürbar: Viele Ausstellungsinteressenten gestalteten ihre Jahresprogramme flexibel, sodass eine

feste Terminplanung nicht möglich häufig nicht möglich war.

Besonders im ersten Halbjahr schränkten die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Durchführung einiger Ausstellungen sowie Veranstaltungen ein. Zwei Ausstellungsstationen fielen vollständig aus, da die für die Präsentation vorgesehenen Räumlichkeiten zu Corona-Testzentren umfunktioniert wurden und somit nicht mehr zur Verfügung standen.

Ab Jahresmitte konnten wieder gelungene Ausstellungseröffnungen durchgeführt werden, in denen Vertreter des Bundesverbandes, Vertreter aus der Kommunal- sowie Bundespolitik und der örtlichen Verbandsarbeit einführende Reden bzw. Grußworte hielten. In Pforzheim wurde der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine als ein weiteres Kapitel in der langen Geschichte von Flucht und Vertreibung in Europa bezeichnet. Der BdV-Landesverband Bremen zeigte gleichzeitig drei Wanderausstellungen im Weserpark Bremen – einem der größten Einkaufszentren im norddeutschen Raum. Täglich hatten über 30.000 Gäste die Möglichkeit, sich mit dem Thema Flucht, Vertreibung sowie deren Folgen auseinanderzusetzen. Dieser Standort ist mit Abstand die am stärksten frequentierte Ausstellungspräsentation gewesen.

Auch 2022 sind zwei verständigungspolitische Begleitveranstaltungen im Rahmen beider Ausstellungspräsentationen von „Verschwunden – Orte, die es nicht ehr gibt“ umgesetzt worden. Thematisch setzten sich die Referate mit grenzüberschreitender Erinnerungspolitik und Jugendarbeit auseinander.

Die Verankerung des Themas im gesellschaftlichen Bewusstsein ist eines der wesentlichen Ziele. Erreicht werden diese durch Wissensvermittlung, generationsübergreifenden Dialog und mit Hilfe verschiedener Zusatzmodule, die die Flucht und Vertreibung betroffener Menschen bildlich und geografisch veranschaulichen.

Gleichzeitig sollen die Ausstellungen vor allem an die junge Generation appellieren, sich für Menschenrechte und ein friedliches Miteinander in Europa einzusetzen. Hierfür ist ein Mindestkonsens über bzw. eine Akzeptanz jeweils unterschiedlicher, auch kulturell geprägter Geschichtsbilder nötig.

Die fünfteilige Ausstellungsreihe ist ein gutes Mittel, um den Unterricht abwechslungsreicher zu gestalten und ein wichtiges Thema deutscher sowie europäischer Geschichte zu behandeln, welches leider nur in zwei Bundesländern im Kern-Curriculum des Geschichtsunterrichts zu finden ist. Das Thema muss jedoch stärker in das öffentliche Bewusstsein

rücken, damit vorhandene Wissenslücken geschlossen werden können.

Die Wanderausstellungen vermitteln anschaulich, wie die Völker und Staaten durch die Geschichte miteinander verbunden sind. Zudem wird mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik für ein tolerantes, friedliches Miteinander sensibilisiert. Deutlich wird auch, dass auch Deutsche ein (Binnen-) Flüchtlings-schicksal erlebt haben.

Mit den Wanderausstellungen ist sicher gestellt, dass auch zukünftig die Informationsvermittlung über das facettenreiche deutsche Leben in den früheren Siedlungsgebieten, die Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa und über den sich der Vertreibung aus diesen und anderen Gebieten ergebenen Folgen für Deutschland bzw. Europa am Leben und in Erinnerung gehalten wird. Sie sind ein notwendiges, leicht verständliches und anschauliches Mittel, um verständigungspolitisch auf der Ebene von Mensch zu Mensch zu wirken.

3.2 Stationen der Ausstellungen

3.2.1 *Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*

Rathaus Pforzheim

Marktplatz 1, 75175 Pforzheim

27. Juni 2022 bis 3. August 2022

3.2.2 *Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland*

Weserpark Bremen

Hans-Bredow-Straße 19, 28307 Bremen

27. Juni 2022 bis 15. August 2022

Kreishaus Neuss

Oberstraße 91, 41460 Neuss

5. September 2022 bis 14. Oktober 2022

3.2.3 *In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955*

Weserpark Bremen

Hans-Bredow-Straße 19, 28307 Bremen

27. Juni 2022 bis 15. August 2022

Gedenkstätte Roter Ochse

Am Kirchtor 20b, 06108 Halle (Saale)

3. Oktober 2022 bis 16. Dezember 2022

3.2.4 *Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt*

Isergebirgs-Museum Neugablonz

Marktgasse 8, 87600 Kaufbeuren

1. Dezember 2021 bis 31. Mai 2022

Weserpark Bremen

Hans-Bredow-Straße 19, 28307 Bremen

27. Juni 2022 bis 15. August 2022

Ostpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

14. November 2022 bis 19. März 2023

4 Grundsatzfragen, Jugendarbeit, Zeitzeugen

4.1 Grundsatzfragen

Für den Bereich Grundsatzfragen war der Schwerpunkt im Berichtszeitraum die thematische und inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Gremiensitzungen und Verbandsveranstaltungen, hier vor allem die Bundesausschusssitzung, die Bundesversammlung, die Präsidiumssitzungen, die zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in Berlin, die Verleihung zweier Ehrenplaketten des Bundes der Vertriebenen: an den russlanddeutschen Historiker Dr. Alfred Eisfeld sowie an den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN (AGDM), Bernard Gaida, für die Arbeit der AGDM.

Stellungnahmen, Positionspapiere und Vermerke wurden geschrieben. Diese sind für das Präsidium, aber auch für die Arbeitsabläufe und Erledigung von laufenden Vorgängen in der Bundesgeschäftsstelle von Bedeutung. Die Zuarbeitung zu internen und öffentlichen Reden des Präsidenten erfolgt laufend. Die gefertigten Stellungnahmen und Vermerke bilden die Schwerpunkte der öffentlichen sowie nicht-öffentlichen Reden, Ansprachen, Vorträge und Grußworte.

Das galt auch für die Gedenkstunde am nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni, wo der BdV-Präsident traditionell das Schlusswort spricht. Auch hier zeichnete die Bundesgeschäftsstelle inhaltlich für die diesbezügliche Vorbereitung verantwortlich.

Im Berichtszeitraum wurde eine Vielzahl an Anfragen und Informationswünschen bearbeitet, die an den Verband herangetragen wurden. Die Bundesgeschäftsstelle nimmt

diesbezüglich eine Schnittstellenfunktion wahr und sichert unter anderem auch die Kommunikation mit und zwischen den Mitgliedsverbänden.

Verbandsinterne Korrespondenz, die sich mit den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler oder Fragen zur Geschichte der Vertreibungs- und Herkunftsgebiete befassten, obliegt federführend ebenfalls dem Bereich Grundsatzfragen. An den BdV herangetragene Vorschläge oder Forderungen wurden für die Gremienarbeit bzw. die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle mit sachlichen Empfehlungen unterfüttert, um die Entscheidungsfindung der Gremien zu erleichtern.

Konstanter Arbeitsschwerpunkt im Bereich Grundsatzfragen ist die Gewährleistung von Aktualität bei gleichzeitiger Kontinuität in der gesellschaftlichen und politischen, inneren und äußeren Positionierung des BdV. Das politische Geschehen, sowohl im Inland als auch im Ausland, wurde an den Zielsetzungen und Aufgaben des Verbandes gespiegelt, um so möglichst viele Aktionswege zu erhalten.

Relevante politische Veränderungen in den östlichen Nachbarländern sowie den Ländern mit deutscher Minderheit in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa werden zeitnah eingeordnet, um dem Bundesverband und seinen Mitgliedern wichtige Entscheidungshilfen zur Gestaltung der grenzüberschreitenden Arbeit in und mit diesen Ländern zu liefern.

Aufgabe und Zielvorgabe des Bereichs Grundsatzfragen ist die Ausschöpfung des

gesamten Arbeitsrahmens, um die Themen und zu verabschiedenden Beschlüsse der Gremiensitzungen stringent vorzubereiten und deren Umsetzung zu begleiten. Der Bereich

fungiert als wesentliche Schnittstelle zwischen den Beschlüssen der Gremien und deren Implementierung in die allgemeine Verbandsarbeit.

4.2 Jugendarbeit

Die Jugendarbeit des Bundesverbandes umfasst koordinierende, unterstützende und beratende Maßnahmen für die Jugendverbände der Landsmannschaften sowie ihrer Zusammenarbeit mit der „djo – Deutsche Jugend in Europa“, in welcher die Jugendverbände der Landsmannschaften z.T. Mitglied sind.

Ein verstärkter Austausch fand im Berichtszeitraum mit den Vertretern der Jugendverbände der deutschen Minderheiten aus den osteuropäischen Nachbarländern statt. Ziel ist, vergleichbar zu der kontinuierlichen Ansprache der Jugendverbände in Deutschland, über klassische und neue Kommunikationswege verstärkt Jugendliche zur Teilnahme an zentralen Veranstaltungen des BdV zu motivieren. Sichtbarmachung der eigenen Bindungen an die Generationen der Eltern und Großeltern ist Teil der Jugendarbeit der Verbände.

Der Dialog mit den Vertretern der Verbände der deutschen Minderheiten ist überaus förderlich,

um den grenzüberschreitenden Ansatz der Arbeit des Verbandes zu vertiefen. Daher wurden gemeinsam mit dem Bereich Verständigungspolitik in einem Schaltgespräch mit der AGDM Möglichkeiten der intensiveren Zusammenarbeit ausgelotet und Anknüpfungspunkte zwischen den Jugendverbänden in Deutschland und den Jugendverbänden in den östlichen Nachbarländern identifiziert. Dabei stand vor allem der Gedanke der Völkerverständigung im Zentrum der Überlegungen.

In einem festen Format informiert der Bereich die Jugendverbände laufend über relevante Entwicklungen in Gesellschaft und Politik, und weist auf Teilnahmemöglichkeiten bei Wettbewerben, Ausschreibungen und Bundesprogrammen hin. Es bleibt weiterhin von zentraler Bedeutung, dass die Bundesgeschäftsstelle als anerkannter Ansprechpartner die Fäden zusammenführt und die wechselnden Akteure in den Vorständen der Jugendorganisationen mit- und untereinander bekannt macht.

4.3 Zeitzeugen

Die ab 2015 aufgebaute Zeitzeugendatenbank beim BdV wird regelmäßig angefragt. Jährlich – so auch im Berichtszeitraum – erreichen den Verband eine hohe Anzahl von Anfragen zur Vermittlung von Zeitzeugen. Datenbankpflege und Bewerbung möglicher Zeitzeugengespräche bzw. -einsätze in den Reihen der Vertriebenenverbände und der Landsmannschaften mussten koordiniert werden. Der Umfang der Zeitzeugendatenbank beläuft sich

weiterhin auf rund 350 Zeitzeugen bundesweit. Ausgeschiedene Zeitzeugen konnten durch neue Aufnahmen ausgeglichen werden.

Auf der Grundlage der Zeitzeugendatenbank wurde die Vermittlung von Zeitzeugen an Schulen, Universitäten, Jugendforen, Podiumsdiskussion, aber auch für Interviews, Radio- und Fernsehbeiträge etc. fortgesetzt. Hilfreich ist dabei die Auffindbarkeit des Projektes über

die BdV-Homepage, da dort das Prozedere der Vermittlung eines Zeitzeugen knapp und übersichtlich darstellt wird.

Das Zeitzeugenprojekt ist eine hervorragende Plattform des Erfahrungs- und Wissensaustauschs zwischen den Generationen. Es ergänzt dabei die Arbeit des Bereiches Bildungspolitik sinnvoll. Die Rückmeldungen

nach erfolgreich durchgeföhrten Projekten mit Zeitzeugen belegen nachdrücklich, dass in der Gesellschaft ein großes Interesse daran besteht, mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen. Sie werden als authentische Zeugen der deutschen Geschichte wahrgenommen, deren Anzahl von Jahr zu Jahr schwindet. Ihre Aussagen und Einsätze gewinnen dadurch an Gewicht.

5 Verständigungs- und Bildungspolitik

5.1 Verständigungspolitik

Die Bundesgeschäftsstelle übernimmt nach außen die Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat bei der Förderung von Projekten im Rahmen der verständigungspolitischen Maßnahmen und nach innen koordinierende Aufgaben im Rahmen der Maßnahmen, die der Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas dienen. Unter letzteren Punkt fallen insbesondere die Beratung der Mitgliedsverbände und deren Untergruppierungen im Vorfeld der Beantragung von Fördermitteln für die Durchführung verständigungspolitischer Maßnahmen sowie die konkrete Unterstützung bei der Beantragung.

Insgesamt konnte 2022 der verständigungspolitische Austausch im Vergleich zu 2021 aufgrund rückläufiger Corona-Beschränkungen weiter intensiviert werden. Hierbei fanden vor allem der Austausch und die Zusammenarbeit mit den deutschen Volksgruppen in den östlichen Nachbarstaaten und ihren Selbstorganisation wieder in verstärkter Form statt.

Dies zeigte sich am deutlich gestiegenen Beratungsbedarf der Mitgliedsverbände bei der Beantragung verständigungspolitischer Maßnahmen. Darüber hinaus war auch ein generell wieder gestiegenes Interesse an der Beantragung und Umsetzung von Veranstaltungen für die Durchführung verständigungspolitischer Maßnahmen zu verzeichnen. Positiv hervorzuheben ist hierbei außerdem, dass deutlich weniger beantragte und positiv beschiedenen Veranstaltungen wegen der Pandemie schließlich doch abgesagt werden mussten. Lediglich im Bereich der geplanten Begegnungsfahrten mussten in der ersten

Jahreshälfte noch Abstriche gemacht werden. Mitglieder des Präsidiums des BdV konnten in der zweiten Jahreshälfte selbst eine verständigungspolitische Begegnungsfahrt nach Polen erfolgreich durchführen (siehe Punkt 1.2.2). Dank zunehmender Digitalisierung und zunehmend gefestigter digitaler Formate, konnte die Kontaktpflege, gemeinsame Sitzungen, Veranstaltungen und der allgemeine Austausch aufrechterhalten und somit die guten Kontakte in die östlichen Nachbarländer weiterhin gepflegt werden.

Grundsätzlich lässt sich bei den Maßnahmen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas ein erneuter positiver Trend im Vergleich zum Vorjahr konstatieren. Die gestiegene Nachfrage bei Kontaktvermittlung und Beratungsangeboten konnte vorwiegend über Telefonate, aber auch digital via E-Mail oder Videochat durchgeführt werden. Neben der Bearbeitung von Anliegen der Mitgliedsverbände und deren Untergruppierungen stand die Bundesgeschäftsstelle ebenso den deutschen Volksgruppen in den östlichen Nachbarländern als Ansprechpartner zur Verfügung. Hinzu kamen Anfragen von verbandsexternen Vertriebenen, Aussiedlern, Spätaussiedlern und deren Nachkommen, die um Unterstützung und/oder Kontaktvermittlung ins In- und Ausland baten, um sich verständigungspolitisch engagieren zu können.

Auch in diesem Jahr nahm die Bundesgeschäftsstelle die Aufgabe wahr, die Mitgliedsverbänden zu der Durchführung von Veranstaltungen zu ermutigen und dabei zu unterstützen. Durch das Sammeln eigener

wertvoller Erfahrungen bei der Umsetzung digitaler und onlinestattfindender Formate, konnte sie die Mitglieder in diesem Bereich erfolgreich beraten. Hierbei ging es vordergründig um die Umsetzung solcher Formate, die Einrichtung über Video-Portale, die Beschaffung erforderlicher Hard- und Software sowie die erfolgreiche Vermarktung, Vor- und Nachbereitung im Internet, auf Social-Media-Plattformen und über E-Mail-Verteiler.

Die Bundesgeschäftsstelle fungierte nicht zuletzt als Mittler bei Anfragen zu Kontakten, zur allgemeinen Organisation von Veranstaltungen, zur Durchführung verständigungs-politischer Begegnungsreisen oder zur Förderung im Allgemeinen.

Außerdem ist zu berichten, dass auch in diesem Jahr wieder verständigungspolitische Begleitveranstaltungen zu den Wanderausstellungen der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN angeboten werden konnten (Berichte siehe Punkte 1.2.1 und 1.2.4). Die Bundesgeschäftsstelle konnte hierbei zwei Ausstellungsnehmer unterstützen, die Themenabende im Rahmen der Ausstellung „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ organisiert und erfolgreich durchgeführt haben.

Die positive Resonanz der Teilnehmer, Referenten und nicht zuletzt der Ausstellungsnehmer unterstreicht den positiven Charakter und die Multiplikatoreffekte dieser Veranstaltungen.

5.2 Bildungspolitik

Der BdV als anerkannter Bildungsträger der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) konnte auch im Jahr 2022 das Geschäftsfeld Bildungspolitik weiter ertüchtigen.

Dabei ist hervorzuheben, dass der BdV seinen Antrag auf Anerkennung als anerkannter Träger für weitere fünf Jahre positiv beschieden bekommen hat. Auf diesem Fundament kann dieser Arbeitsbereich nun gestaltet werden.

Auch in diesem Jahr hat der BdV ein bildungspolitisches Online-Diskussionsgespräch erfolgreich durchgeführt (Bericht siehe Punkt 1.2.3). Die positive Resonanz ermutigt zur Durchführung weiterer Veranstaltungen. Auch bei der Beratung im Bereich der Bildungspolitik konnte die Bundesgeschäftsstelle verstärktes

Interesse feststellen. Insbesondere bei Themenvorschlägen konnte sie erfolgreich Hilfestellung geben. Neben der Beratung der Landesverbände und Landsmannschaften zu geplanten oder angedachten Maßnahmen oder zu Gewinnung von Kooperationspartnern, war vor allem die Unterstützung bei der Umsetzung von Online-Formaten, erforderliche Soft- und Hardware sowie technische Beratung gefragt. Alles in allem lässt sich auch hier ein positiver Trend nach den Pandemie-Jahren ablesen.

Die Betreuung der Bibliothek und des Archivs, die sich in den Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle befinden, blieb eine wichtige Aufgabe und eine Hilfe für die in den verschiedenen Bereichen zu leistende Arbeit.

6 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

6.1 Allgemeines

Obwohl auch 2022 – bedingt durch die Corona-Pandemie – einige Einschränkungen vorhanden waren, begleitet hohes öffentliches sowie Medieninteresse die Arbeit des Bundes der Vertriebenen im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Dies spiegelte sich im Internet, auf den Social-Media-Kanälen des Verbandes, in der Tagespresse und z.T. auch in Rundfunk- und Fernsehanstalten wider.

Zentrale Positionen des BdV zu aktuellen Ereignissen und Themen wurden überwiegend über Pressemitteilungen und kürzere Statements kommuniziert. Die Berichterstattung über eigene Veranstaltungen, Termine oder Gespräche fand über redaktionell erstelle Pressetexte statt. Für die Reichweite der Veröffentlichungen, die eine überwiegend positive Resonanz fanden, wächst Jahr für Jahr die Bedeutung der Internetseite und insbesondere der Auftritte des BdV in den sozialen Medien, gerade im Hinblick auf ein jüngeres Zielpublikum.

Im Zusammenhang mit der Arbeit des BdV, mit zentralen Terminen bzw. angeregt von den Presseveröffentlichungen fragten Journalisten aus den unterschiedlichen Medien, zum Teil auch aus dem Ausland, zu Arbeitsfeldern und Positionen des Verbandes an und wünschten Interviews oder Hintergrundinformationen. In bewährter Weise wurden Informationsanfragen in enger Abstimmung mit dem Bereich

Grundsatzfragen bearbeitet. Positionierungen zu den verschiedenen Themen wurden den Medien sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Besondere thematische Schwerpunkte waren 2022 u.a. der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen Folgen und Auswirkungen für die deutsche Minderheit sowohl in der Ukraine wie auch in Russland, aber auch die Situation von Flucht und Vertreibung im Kriegsgebiet und die Spendenaktion „Nothilfe für die Deutschen aus der Ukraine“. Besondere Beachtung fanden außerdem die Härtefallregelung für Spätaussiedler, die Situation des muttersprachlichen Deutschunterrichts für die deutsche Minderheit in Polen, die Veranstaltung zum Tag der Heimat in Berlin mit dem Festredner Dr. Rafał Dutkiewicz, aber auch die verständigungspolitische Reise des BdV nach Breslau und Oppeln. Als ständige Themen blieben auch 2022 die Positionen des BdV zur Altersarmut bei Spätaussiedlern insgesamt, zur Situation der deutschen Minderheiten in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, zur grenzüberschreitenden Arbeit des Verbandes und seiner Mitglieder insgesamt sowie zur politischen Vertretung der Verbandsthemen in der Bundes- bzw. den Landesregierungen im Fokus.

6.2 DOD – Deutscher Ostdienst

Die Zeitschrift „DOD – Deutscher Ostdienst“ ist zunächst ein Spiegel der verständigungspolitischen Aktivitäten des Gesamtverbandes, wie

sie auf den verschiedenen Ebenen der Gliederungen geleistet wird. Dazu kommen Berichte aus denjenigen Museen, Einrichtungen und

Institutionen, die einen klaren verständigungs-politischen Schwerpunkt haben. Außerdem berichtet die Zeitschrift über die zentralen Veranstaltungen, die Gremienarbeit des Bundesverbandes sowie die überregional wichtigen Termine der Mitgliedsverbände, um den Erfolgen, der weiteren Planung sowie der öffentlichen Würdigung der geleisteten Verständigungsarbeit ein Forum zu bieten.

Adressaten sind daher zum einen in besonderer Weise Multiplikatoren bzw. Fachleute in Politik und Kultur. Viele wichtige Entscheidungsträger im Deutschen Bundestag, in den Landesparlamenten, der Bundes- und den Landesregierungen und in den zuständigen Ministerien bzw. der Verwaltung erhalten den DOD, dazu die Redaktionen der Vertriebenenzeitungen bundesweit sowie der Zeitungen der deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Etliche der weit über 100 Presseorgane in den Verbandsgliederungen drucken regelmäßig Berichte aus der Zeitschrift nach oder veröffentlichen diese auf ihren Internetseiten und erhöhen so mittelbar deren Reichweite.

Zum anderen richtet sich die Zeitschrift aber traditionell an Verbandsmitglieder, die umfassend und zentral über die im besonderen Bundesinteresse geleistete Arbeit des Verbandes und seiner Mitglieder, insbesondere im verständigungs-politischen und grenzüberschreitenden Bereich, informiert werden müssen, sowie an die thematisch interessierte Öffentlichkeit.

Schwerpunktthemen blieben Flucht und Vertreibung, Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete und der Deutschen im östlichen Europa, Geschichte und Eingliederung der Aussiedler und Spätaussiedler, die Situation der deutschen Minderheiten in Europa und Fragen der Verständigungs-politik, auch mit den Nachbarländern, die aktuelle

Flüchtlingslage und allgemeine Fragen der Migration und Integration, menschenrechtliche Fragen sowie die zentralen Verbands-veranstaltungen, in denen sich die aufgezählten Themen wiederfinden. Eine zentrale Stelle nimmt in jeder Ausgabe die Berichterstattung über die kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen und Aktivitäten der Landesmuseen ein, die sich mit den historischen deutschen Ostgebieten und den Siedlungsgebieten der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südost-europa beschäftigen.

Ziel der Berichterstattung im DOD bleibt es, auch außenstehenden Lesern ein grundlegendes Verständnis für das Schicksal und die berechtigten Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler sowie für die Arbeit des Gesamtverbandes zu vermitteln und die gesamtgesell-schaftliche Relevanz des Themas sowie die verständigungs-politische Ausrichtung des Verbandes darzustellen.

Gleichzeitig übernimmt der DOD die Berichtspflicht über durch den Bund geförderte Maßnahmen im Bereich der Vertriebenen und Aus-siedler, für die das Bundesinteresse bereits durch die Förderung nachgewiesen ist und die sich fast ausschließlich im Bereich der verständigungs-politischen Arbeit bewegen. Obwohl der Zuwendungsgeber großes Interesse an einer öffentlichen Berichterstattung über diese Aktivitäten hat, erfolgt diese in den Leit-medien oder der Lokalpresse zögerlich. Seine daraus resultierende Mitbedeutung als Evaluationsorgan über den Erfolg der projekt- und institutionell geförderten Bundesmaßnahmen hat der DOD auch 2022 weiter verfolgt.

Große Beachtung fand im Berichtsjahr insbe-sondere die Berichterstattung über den Ukrainekrieg, speziell im Hinblick auf seine Folgen für die deutsche Volksgruppe in der Ukraine. Auch über die Spendenaktion des BdV „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ wurde

ausführlich berichtet. Diese Erweiterung der Berichterstattung führte zu lebhaftem Interesse und zahlreichen Nachfragen interessierter Leser, aber auch von Journalisten.

Ebenfalls ausführlich berichtet wurde über verständigungspolitische Themen und Inhalte zur Situation der deutschen Volksgruppen, etwa über „Polen kürzt muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit“, „Die Heimkehr einer Schwarzmeerdeutschen“, aber auch über die polnischen Reparationsforderungen an Deutschland.

Internationale Fragen von Flucht und Vertreibung waren genauso Thema wie historische Berichte. Die wichtigsten bundesweiten Veranstaltungen des Verbandes fanden in der Berichterstattung über den Jahresempfang mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser und den Tag der Heimat mit Dr. Rafał Dutkiewicz ihren Niederschlag, genauso wie die zentralen Veranstaltungen der Mitgliedsverbände mit überregionaler Bedeutung, die aus unterschiedlichen Anlässen und z.T. mit eigenem verständigungspolitischen Schwerpunkt durchgeführt wurden.

Daneben waren die Museen, Einrichtungen und Institutionen Gegenstand der Berichterstattung. Die politischen Gespräche des Präsidenten bzw. des Präsidiums mit politischen Partnern sowie vertriebenenpolitische Ent-

wicklungen in den Bundesländern waren ebenfalls ein dauerndes Berichtsthema. Veranstaltungsvorschauen für die Gliederungen sowie die unterschiedlichen, thematisch verwandten Institutionen und Museen erfreuen sich nach wie vor großer Beliebtheit und runden zusammen mit Besprechungen aktueller Buch-Neuerscheinungen die Berichterstattung ab.

Im Laufe der Jahrzehnte hat der DOD einen großen Wandel durchlaufen, der am hoch frequentierten Online-Archiv der Zeitschrift gut ablesbar ist, das alle erschienenen Ausgaben in den vergangenen sechs Jahrzehnten enthält. Gerade die Prozesse der Mediatisierung – der Veränderungen von Kultur und Gesellschaft, die durch den Medienwandel entstehen – wirkten sich immer wieder auch auf den DOD aus. Stets galt und gilt es, unterschiedlichen Lesegewohnheiten Rechnung zu tragen. Daher war es nach 20 Jahren im alten Layout an der Zeit für eine Neugestaltung. Das neue Layout, das im Berichtszeitraum mit Unterstützung einer Agentur entwickelt wurde, ist eine umsichtige Weiterentwicklung des bisherigen Layouts, durch die der DOD attraktiv bleibt, gleichzeitig optisch ansprechender wird und mit dem auch der Informationsgehalt gesteigert werden soll – ein Aufbruch in das moderne, digitale Zeitalter. Die Entwicklungsarbeit erfolgte 2022, das Ergebnis zeigte sich im ersten Heft des Jahres 2023.

6.3 Online-Präsenz und Social Media

Die Internetseite des Verbandes unter www.bund-der-vertriebenen.de ist ebenso wie die Social-Media-Präsenz zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes geworden. Social-Media-Accounts werden bei Facebook, Twitter und YouTube unterhalten und fortwährend gepflegt. Auf allen Kanälen wird über wichtige

verständigungspolitische und verbandspolitische Fragen informiert. Veranstaltungen des Verbandes werden teilweise online live übertragen oder sind später auf den Social-Media-Kanälen abrufbar. Auf der Startseite im Internet wird regelmäßig auf aktuelle Themen hingewiesen, über die Veranstaltungen wird umfangreich berichtet.

Insbesondere für Journalisten ist die Internetseite somit eine unverzichtbare Quelle, zugleich erfüllt die Seite auch eine wichtige Archivfunktion insbesondere zur jüngeren Geschichte des Verbandes. So ist über die Internetseite auch der Zugang zum bereits erwähnten digitalen Archiv des DOD möglich, der komplett digitalisiert und nach Stichworten durchsuchbar zur Verfügung steht. Genauso wichtig ist die Social-Media-Präsenz des

Verbandes, insbesondere bei Facebook. Alle Mitteilungen werden dort veröffentlicht und entfalten eine deutliche Breitenwirkung. Auch andere aktuelle Themen, die nicht in Form einer Pressemitteilung veröffentlicht werden, finden dort ihren Niederschlag. Durch die Interaktivität sozialer Netzwerke führt das zu Diskussionen und Rückfragen interessierter Bevölkerungskreise, aber auch von Journalisten.

7 Zentrale Aufgaben

7.1 Haushalt und Organisation

Wie in den Vorjahren nahm die Bundesgeschäftsstelle die Planung, Umsetzung, Aufsicht und Kontrolle der finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen des Gesamtverbandes wahr. Dazu gehörte u.a. die Aufstellung, Durchführung und Abrechnung des institutionellen Haushaltes sowie der Projekthaushalte innerhalb der Bundesgeschäftsstelle. Besonderes Augenmerk für das Berichtsjahr verdient die Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“, mit der, auf der Grundlage eines Beschlusses des Bundesfinanzministeriums, erstmals durch den Verband Mittel für mildtätige Zwecke gesammelt und bedürftigen Menschen in der Ukraine und in den Zufluchtsgebieten zur Verfügung gestellt werden konnten.

Zentrale Veranstaltungen wie z.B. Jahresempfang, Bundesausschuss, Tag der Heimat, Kranzniederlegung, Bundesversammlung, im Berichtsjahr mit einer umfangreichen Satzungsänderung, Plakettenverleihungen, MBE-

Arbeitsgespräche sowie Sitzungen des Präsidiums konnten 2022 trotz anhaltender Coronaeinschränkungen teilweise wieder präsent oder hybrid stattfinden. Sitzungen des Präsidiums und MBE-Arbeitsgespräche wurden aber weiterhin teilweise in digitaler Form organisiert und umgesetzt. Die Bundesgeschäftsstelle wirkt koordinierend und unterstützend für die Zusammenarbeit des Bundesverbandes und der Mitgliedsverbände mit der Bundes- und den Landeszentralen für politische Bildung.

Auch 2022 wurden wieder zahlreiche Personen für ihre Verdienste für den Verband und dessen Anliegen geehrt und mit Silbernen und Goldenen Ehrennadeln ausgezeichnet. Dies geschah wegen der anhaltenden Corona-Pandemie in der Regel digital bzw. unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln, sofern präsente Veranstaltungen im Verband stattfanden.

7.2 Vertriebenen- und spätaussiedlerspezifische Anfragen

Im Rahmen der allgemeinen Vertriebenenfragen standen die Bereiche der Renten- und Sozialgesetze im Vordergrund.

Die Altersarmut von Spätaussiedlern ist ein seit Jahren vom BdV gegenüber der Politik vertretenes, wichtiges Thema, und stellt sich gerade in den Familien, aber auch in Politik und Gesellschaft als eines der drängendsten dar. Die Nachteile für Spätaussiedler in der Rente müssen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ausgeglichen werden. Hierzu fordert der BdV eine Rücknahme der Kürzungen des Fremdrentengesetztes aus den 1990 Jahren.

Zum Rentenproblem gab es außer Anfragen von Betroffenen zum Ende des Jahres auch eine Entscheidung des Bundeskabinetts zur Einführung eines Härtefallfonds.

Die Bundesregierung hat in ihrer Kabinetsitzung am 18. November 2022 die Ausgestaltung des bereits 2021 im Bundeshaushalt für 2022 verankerten Fonds zur Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht beschlossen. Davor sollen Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung profitieren. Beschluss wurde eine pauschale Leistung für einen

über Rahmenbedingungen festgelegten Teil der o.g. Personengruppe in Höhe von 2.500 Euro, die ab 2023 ausgezahlt werden soll. Die Ausgestaltung sieht überdies eine freiwillige Länderbeteiligung in gleicher Höhe vor, sodass die Leistung je nach Wohnort auf 5.000 Euro steigen kann. Die Bundesgeschäftsstelle beantwortete über das Jahr vielfältige Fragen zum Thema. Nach dem Kabinettsbeschluss stieg deren Frequenz noch einmal.

Im Zusammenhang mit melderechtlichen und personenstandsrechtlichen Einträgen hat die Bundesgeschäftsstelle immer wieder Anfragen von Vertriebenen und deren Nachkommen zur korrekten Eintragung des Geburtsortes beantwortet. Anfragen zur Familienforschung, wegen fehlender Personenstandsurkunden

und Erbansuchenfragen konnten zufriedenstellend bearbeitet oder an entsprechende Stellen verwiesen werden.

Nach wie vor wenden sich Nachkommen von deutschen Heimatvertriebenen an die Bundesgeschäftsstelle und erbitten Informationen zu Einzelschicksalen, zu Flucht und Vertreibung aus bestimmten Regionen und zum Schicksal bzw. Aufenthalt von Verwandten nach der Vertreibung. Hier offenbaren sich viele Wissenslücken zum eigenen Familienschicksal zur Geschichte von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch zur deutschen Geschichte insgesamt. Insofern wird eine intensive Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildungspolitik gepflegt.

7.3 Datenschutz

Eine Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum blieb auch die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Da der Bund der Vertriebenen personenbezogene Daten einer besonderen Kategorie nach Art. 9 DSGVO erhebt, speichert und verarbeitet, sind von der Bundesgeschäftsstelle besondere Anforderungen an die Datensicherheit zu beachten, die durch den Datenschutzbeauftragten zu überwachen sind. Das gilt auch für

die Mitgliedsverbände, die eigene Datenschutzbeauftragte haben. Das für die Mitgliedsverbände bestehende Serviceangebot der Bundesgeschäftsstelle zum Datenschutz und zur Datensicherheit wurde aufrechterhalten und aktualisiert. Auf der Internetseite stehen im Mitgliederbereich erforderliche Vordrucke, Formulare und weitere Informationen abrufbar bereit.

7.4 Korruptionsprävention

Die Bundesgeschäftsstelle setzt die Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung vom 30. Juni 2004 durch entsprechende personelle und organisatorisch-administrative Maßnahmen um. Die Verhaltensstandards zur Korruptionsprävention werden für alle Beschäftigten

schriftlich verbindlich gemacht. Diese schriftliche Verpflichtung ist Bestandteil der Personalakten. Darüber hinaus werden die Beschäftigten anlässlich von Besprechungen mindestens jährlich auf die Korruptionspräventionsregeln und deren Einhaltung hingewiesen.

8 Organe und Mitglieder des Verbandes (Stand: 31. Dezember 2022)

8.1 Präsidium

Dr. Bernd Fabritius	Präsident
Stephan Grigat	Vizepräsident
Raimund Haser MdL	Vizepräsident
Christian Knauer	Vizepräsident
Stephan Mayer MdB	Vizepräsident
Egon Primas	Vizepräsident
Johann Thießen	Vizepräsident
Rita Hagl-Kehl MdB	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Milan Horáček	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Steffen Hörtler	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Siegbert Ortmann	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Brunhilde Reitmeier-Zwick	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Editha Westmann	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Dr. Maria Werthan	Mitglied des Präsidiums kraft Amtes

8.2 Bundesausschuss

Der Bundesausschuss bestand aus:

- 1. den Mitgliedern des Präsidiums**
- 2. den Vertretern der Landesverbände**

Iris Ripsam	Landesverband Baden-Württemberg
Christian Knauer	Landesverband Bayern
Rüdiger Jakesch	Landesverband Berlin
Harald Heerwagen	Landesverband Brandenburg
Helmuth Gaber	Landesverband Bremen
Willibald J.C. Piesch	Landesverband Hamburg
Siegbert Ortmann	Landesverband Hessen
Editha Westmann	Landesverband Niedersachsen
Rudi Pawelka	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Tobias Meyer	Landesverband Rheinland-Pfalz
Bernhard Krastl	Landesverband Saar
Frank Hirche	Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz

Elfriede Hofmann	Landesverband Sachsen-Anhalt
Fedor M. Mrozek	Landesverband Schleswig-Holstein
Egon Primas	Landesverband Thüringen

3. den Vertretern der Landsmannschaften

Peter-Dietmar Leber	Landsmannschaft der Banater Schwaben
Brigitte Bornemann	Bessarabiendeutscher Verein
Marcel Pauls	Bund der Danziger
Andreas Hansen	Deutsch-Baltische Gesellschaft
Johann Thießen	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
Joschi Ament	Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn
Hans Supritz	Landsmannschaft der Donauschwaben
Brunhilde Reitmeier-Zwick	Karpatendeutsche Landsmannschaft
Klaus Plaszczek	Landsmannschaft der Oberschlesier
Dr. Bernd von Sydow	Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark
Stephan Grigat	Landsmannschaft Ostpreußen
Margrit Schlegel/Adalbert Raasch	Pommersche Landsmannschaft
Thomas Erös	Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben
Stephan Rauhut	Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien
Rainer Lehni	Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland
Bernd Posselt	Sudetendeutsche Landsmannschaft
Dr. Martin Sprungala	Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Prof. Dr. Erik Fischer	Westpreußische Gesellschaft

4. den Vertretern der außerordentlichen Mitgliedsverbände

Dr. Maria Werthan	Frauenverband im Bund der Vertriebenen
Dr. Christean Wagner	Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN
Dr. Ernst Gierlich	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

8.3 Bundesversammlung

Die Bundesversammlung besteht laut Satzung aus den Mitgliedern des Präsidiums sowie Beauftragten der Mitgliedsverbände, die von

diesen benannt werden. Sie hat eine wechselnde Zusammensetzung.

8.4 Landesverbände

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Landesvorsitzender: Hartmut Liebscher
Schloßstraße 92/III, 70176 Stuttgart
Tel.: 0711/625277, Fax: 0711/610162
Internet: www.bdv-bw.de
E-Mail: zentrale@bdv-bw.de

Berliner Landesverband der Vertriebenen e.V.

Landesvorsitzender: Staatssekretär a.D.
Rüdiger Jakesch
Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin
Tel.: 030/2547343, Fax: 030/2547344
Internet: www.bdv-bln.de
E-Mail: info@bdv-bln.de

Landesverband Bremen e.V.

Landesvorsitzende: Helmuth Gaber
Erbrichterweg 7 a, 28357 Bremen
Tel.: 0421/6393515
E-Mail: helmuth_gaber@web.de

Landesverband Hessen e.V.

Landesvorsitzender: Siegbert Ortmann
Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/36019-0, Fax: 0611/36019-22
Internet: www.bund-der-vertriebenen-hessen.de
E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesvorsitzender: Rudi Pawelka
Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf
Tel.: 0211/350361, Fax: 0211/369676
E-Mail: bdv-nrw@gmx.de

Landesverband Saar e.V.

Landesvorsitzender: Bernhard Krastl
Brünesholzstraße 9, 66459 Kirkel
Tel.: 06841/89461, Fax: 06841/890115
E-Mail: bernhard.krastl@t-online.de

Landesverband Bayern e.V.

Landesvorsitzender: Landrat a.D. Christian Knauer
Am Lilienberg 5, 81669 München
Tel.: 089/481447, Fax: 089/482621
Internet: www.bdv-bayern.de
E-Mail: info@bdv-bayern.de

Landesverband Brandenburg e.V.

Landesvorsitzender: Harald Heerwagen
Zum Jagenstein 3, 14478 Potsdam
Tel.: 0331/813686, Fax: 0331/8710174
Internet: www.bdv-lv-brandenburg.de
E-Mail: bdvlandbrandenburg@yahoo.de

Landesverband der vertriebenen

Deutschen in Hamburg e.V.
Landesvorsitzender: Willibald J.C. Piesch
Teifeld 8, 20459 Hamburg
Tel. und Fax: 040/346359
Internet: www.lvd-hh.de
E-Mail: haus_heimat@web.de

Landesverband Niedersachsen e.V.

Landesvorsitzende: Editha Westmann
Königsworther Straße 2, 30167 Hannover
Tel.: 0511/470661-0, Fax: 0511/470661-3
Internet: www.bdv-ni.de
E-Mail: info@bdv-ni.de

Bund der Vertriebenen und Heimattreuen

Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Landesvorsitzender: Tobias Meyer
Im Tiefenthal 12, 67454 Haßloch
Tel.: 0177/7749591
Internet: www.bdv-rheinland-pfalz.de
E-Mail: t.meyer@bdv-rheinland-pfalz.de

Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e.V.

Landesvorsitzender: Frank Hirche
Werminghoffstraße 11, 02977 Hoyerswerda/
OT Knappenrode
Tel.: 03571/605187
Internet: www.vertriebene-in-sachsen.de
E-Mail: c.florian-lvs@t-online.de

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Landesvorsitzende: Elfriede Hofmann
Straße der Jugend 115, 39218 Schönebeck/Elbe
Tel. und Fax: 03928/421344
Internet: www.bdv-lsa.info
E-Mail: bdv-lsa-sbk@gmx.de

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Landesvorsitzender: Fedor M. Mrozek
Heidberg 12 A, 25813 Husum
Tel.: 04841/720777
E-Mail: brigitte-kinzel7@gmx.de

Bund der Heimatvertriebenen e.V.

Landesverband Thüringen

Landesvorsitzender: Egon Primas
Löberwallgraben 1, 99096 Erfurt
Tel.: 0361/6607230, Fax: 0361/6606092
Internet: www.bdv-thueringen.de
E-Mail: bdv@bdv-thueringen.de

8.5 Landsmannschaften

Landsmannschaft der Banater Schwaben e.V.

Bundesvorsitzender: Peter-Dietmar Leber
Karwendelstraße 32, 81369 München
Tel.: 089/2355730, Fax: 089/23557310
Internet: www.banater-schwaben.de
E-Mail: landsmannschaft@banater-schwaben.de

Bessarabiendeutscher Verein e.V.

Vorsitzender: Brigitte Bornemann
Florianstraße 17, 70188 Stuttgart
Tel.: 0711/4400770, Fax: 0711/4400720
Internet: www.bessarabien.de
E-Mail: verein@bessarabien.de

Bund der Danziger e.V.

Bundesvorsitzende: Marcel Pauls
Fleischhauerstraße 37, 23552 Lübeck
Tel.: 0451/77303, Fax: 0451/75617
Internet: www.danziger.info
E-Mail: post@danziger.info

Deutsch-Baltische Gesellschaft e.V.

Bundesvorsitzender: Andreas Hansen
Herdweg 79, 64285 Darmstadt
Tel.: 06151/43457, Fax: 06151/48302
Internet: www.deutsch-balten.de
E-Mail: info@deutsch-balten.de

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Bundesvorsitzender: Johann Thießen
Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart
Tel.: 0711/166590, Fax: 0711/2864413
Internet: www.lmdr.de
E-Mail: kontakt@lmdr.de

Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn e.V.

Bundesvorsitzender: Joschi Ament
August-Karolus-Straße 8 b, 74889 Sinsheim
Tel.: 07261/17667
Internet: www.ldu-online.de
E-Mail: j.ament@ldu-online.de

Landsmannschaft der Donauschwaben, Bundesverband e.V.

Bundesvorsitzender: Hans Supritz
Ravensburger Str. 91, 89079 Ulm
Tel.: 0731/43618, Fax: 0731/483155
Internet: www.haus-donauschwaben.de
E-Mail: info@haus-donauschwaben.de

Karatendeutsche Landsmannschaft

Slowakei e.V.
Bundesvorsitzende: Brunhilde Reitmeier-Zwick
Schloßstraße 92/II, 70176 Stuttgart
Tel.: 0711/626262, Fax: 0711/6201437
Internet: www.karatendeutsche.de
E-Mail: Landsmannschaft@Karpatenpost.de

Landsmannschaft der Oberschlesier e.V.
Bundesvorsitzender: Klaus Plaszczek
Bahnhofstraße 71, 40883 Ratingen
Tel.: 02102/68033, Fax: 02102/66558
Internet: www.obergeschlesien.de
E-Mail: bundesverband@oberschlesien.de

**Landsmannschaft Ostbrandenburg/
Neumark e.V.**
Bundesprecher: Dr. Bernd von Sydow
Haus Brandenburg, Parkallee 14,
15517 Fürstenwalde
Tel.: 03361/310952, Fax: 03361/310956
Internet: www.stiftung-brandenburg.de
E-Mail: info@stiftung-brandenburg.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Sprecher: Stephan Grigat
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Tel.: 040/4140080, Fax: 040/41400848
Internet: www.Ostpreussen.de
E-Mail: presse@ostpreussen.de

Pommersche Landsmannschaft e.V.
Sprecherin: Margrit Schlegel
Sprecher: Adalbert Raasch
c/o Margrit Schlegel
Postfach 130268, 45446 Mülheim an der Ruhr
Tel.: 0208/485950
Internet: www.pommersche-landsmannschaft.de
E-Mail: ma.schlegel@gmx.de

**Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.**
Bundesvorsitzender: Thomas Erös
Mühlbaurstr. 14, 81677 München
Tel.: 0151/15011861
E-Mail: TomMuc81677@gmx.de

**Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und
Oberschlesien e.V.**
Bundesvorsitzender: Stephan Rauhut
Dollendorfer Straße 412, 53639 Königswinter
Tel.: 02244/92590, Fax: 02244/9259290
Internet: www.schlesien-lm.de
E-Mail: landsmannschaft@schlesien-lm.de

**Verband der Siebenbürger Sachsen
in Deutschland e.V.**
Bundesvorsitzender: Rainer Lehni
Karlstraße 100, 80335 München
Tel.: 089/23660911, Fax: 089/23660915
Internet: www.siebenbuerger.de
E-Mail: info@siebenbuerger.de

**Sudetendeutsche Landsmannschaft,
Bundesverband e.V.**
Sprecher und Bundesvorsitzender: Bernd Posselt
Hochstraße 8, 81669 München
Tel.: 089/48000340, Fax: 089/48000344
Internet: www.sudeten.de
E-Mail: info@sudeten.de

**Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V.**
Bundessprecher: Dr. Martin Sprungala
Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/379787
E-Mail: lww@gmx.de

Westpreußische Gesellschaft e.V.
Bundesvorsitzender: Prof. Dr. Erik Fischer
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Tel.: 02506/305750, Fax: 02506/305761
Internet: www.westpreussen-online.de
E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de

8.6 Außerordentliche Mitgliedsverbände

Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

Präsidentin: Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85, 52379 Langerwehe
Tel.: 02423/1236
Internet: www.frauenverband-bdv.de
E-Mail: Frauenverband-bdv@web.de

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Vorsitzender: Dr. Ernst Gierlich
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Tel.: 0228/915120
Internet: www.kulturstiftung.org
E-Mail: kulturstiftung@t-online.de

Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Vorsitzender: Dr. Christean Wagner
Friedrichstraße 35/V, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/3601928, Fax: 0611/3601929
Organisationsbüro:
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Tel.: 0228/81007-30, Fax: 0228/81007-52
Internet: www.z-g-v.de
E-Mail: info@z-g-v.de

9 Impressum

Herausgeber und Verlag:

BdV – Bund der Vertriebenen

Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.

Godesberger Allee 72-74

53175 Bonn

Telefon: 0228 81007-0

Telefax: 0228 81007-50/52

E-Mail: info@bdvbund.de

Internet: www.bund-der-vertriebenen.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Die Arbeit des „BdV – Bund der Vertriebenen“ wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bonn, Juni 2023